

Cöbener Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der "Cöbener Volksbote" erscheint täglich nachmittags (aner an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telegraphen-Nr. 826.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgewählte Periode oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39.

Donnerstag, den 15. Februar 1917.

24. Jahrg.

Zwischen drei Stühlen.

Woodrow Wilson hat sich selbst in die unangenehmste Lage gebracht, in die ein Staatsmann kommen kann. Er hat sich als Apostel des Friedens vorgestellt und droht jetzt mit der Kriegserklärung. Er wollte neutral sein, und nahm doch einseitig Partei. Er wünschte die Unterstützung aller übrigen Neutralen, und erhält von ihnen gepfefferte Abzüge. Man wirft ihm, wie das in der schwedischen Antwortnote zum Ausdruck kommt, ganz offen vor, daß das bisherige Verhalten der Vereinigten Staaten mit unparteiischer Neutralität in schrofsem Widerspruch stände. So befindet sich

Wilson zwischen drei Stühlen.

England drängt ihn und ist mit ihm unzufrieden, weil er noch nicht den Krieg erklärt habe. Deutschland hat er mehr als einmal vor den Kopf gestoßen, und jetzt offiziell den Bruch mit ihm herbeigeführt. Die Neutralen Europas aber, zu deren Beschützer er sich aufwarf, lassen ihn abblitzen. Ihre Interessen sind allerdings anders geartet, als die des munitionsproduzierenden Amerika. Und sie wissen, daß die Republik jenseits des großen Teides während des ganzen Krieges trotz direkter Aufrüttung sich nicht gerührt hat, wenn es galt, englische Übergriffe gegen die kleinen schiffahrtstreibenden Neutralen abzuwehren. Das haben besonders die Standortier erfahren müssen, und die besonders deutliche Abzüge Schwedens wird um so verständlicher, wenn man die Wirkung der „neutralen“ Politik Wilsons auf die standinavischen Staaten etwas näher betrachtet.

Die standinavischen Länder sind hinsichtlich ihrer Lebensmittelversorgung auf Amerika angewiesen, im Kriege noch mehr als im Frieden. Norwegen und Schweden führen neben und Kolonialwaren besonders Fleischwaren aus Amerika ein. Der sogenannte „amerikanische Speck“ ist sogar das hauptsächlichste Fleischnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung Schwedens, insbesondere der Waldarbeiter und Kleinbauern Nordschwedens, und auch in den norwegischen Gruben- und Waldgebieten ist dieser Speck ein wichtiges Nahrungsmittel der schwer arbeitenden Bevölkerung. Dänemark wiederum führt aus Amerika große Mengen Futtermittel für seine Landwirtschaft ein, deren Fleischproduktion auf diese Einfuhr ausgebaut ist. Außerdem ist Dänemark, das selbst nicht genügend Körnerfrüchte produziert, weil es zu der intensiveren Viehproduktion übergegangen ist, auf die Einfuhr von Getreide für die Ernährung seiner Bevölkerung angewiesen. Das war schon in Friedenszeiten so, und das Verhältnis im Kriege hat sich selbstverständlich nicht geändert.

Wohl aber sind die Möglichkeiten dieser Einfuhr der nordischen Länder aus Amerika erheblich geringer geworden. England hat im Gegensatz zu Deutschland sich nicht damit begnügt, den eigenen Handel mit den Neutralen zu kontrollieren und einzuschränken. Dagegen wäre nichts einzuhören gewesen, weil es jedem Land vorbehalten bleiben muß, über seine Beziehungen zum Ausland zu bestimmen. Aber England hat darüber hinaus den

ganzen Handel der standinavischen Länder

mit Übersee, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, unter seine Kontrolle gestellt, es führt genaue Statistik über diesen Handel, und läßt grundsätzlich nicht mehr durch als die Friedenseinfuhrstatistik für das gleiche Ursprungsland nachweisen. Dabei muß ein erhebliches Minus entstehen, weil die Friedensstatistik natürlich nur die Waren als amerikanischen Ursprungs bezeichnet, die direkt bezogen wurden. Da aber ein nicht unerheblicher Teil der standinavischen Einfuhr im Frieden teils aus Deutschland, vor allem aber über deutsche Häfen kam, figurierten diese Waren nicht unter dem standinavisch-amerikanischen Handel in der Friedensstatistik, was den Engländern zum Vorwand diente, diesen Betrag von der ihrerseits zugelassenen Einfuhrmenge zu scheiden.

Dagegen hat Wilson ernste Einwände nicht erhoben.

Auch hat man nie etwas davon erfahren, daß ihm die monate- ja jahrelang von England durchgeföhrte Zurückhaltung standinavischer, in Amerika gefärbter Lebensmittel zur Ernährung der Menschen und Rohstoffe zur Aufrechterhaltung der Industrie nahegegangen wäre. Ende des Jahres 1916 lagerten in englischen Häfen für nicht weniger als

rund 200 Millionen Kronen Waren

verschiedenster Art, die Schweden in Amerika gegen bat gekauft hatte, und wovon nur Werte von 60 Millionen Kronen bei der schwedischen Kriegsversicherungskommission versichert waren, die aber von den Engländern auf offener See ausgegriffen und zurückgehalten wurden. Auf diesem Wege hat England es fertig gebracht, amerikanische Waren, die mit standinavischen Schiffen verfrachtet und nur zwangsweise nach England eingebracht waren, seinem Lizenzensystem einzufügen, und sie dann wieder freizugeben, wenn die betreffenden Empfangsländer sich zu weitgehenden Zugeständnissen in anderer Beziehung bereit fanden.

Aber noch mehr. England hat nicht nur Waren überseeischen Ursprungs zeitweilig zurückzuhalten, sondern es

hat auch solche in großem Umfang beschlagnahmt und dafür lediglich den Preis bezahlt, den der standinavische Importeur in Amerika angelegt hatte. In dem Maße, als die englischen Behörden dann diese Waren gegen anderweitige Lizenzen wieder freigaben, durfte der standinavische Importeur sie nun zum zweitenmal kaufen, und zwar zu einem Preis, wie er am Tage des zweitmaligen Einkaufs in England für die gleiche Ware galt. Da manchmal Monate dazwischen lagen, war dieser Preis erheblich höher als der einstige zwangsweise Uebernahmepreis bei der Beschlagnahme der Ware in England. Dadurch sind der standinavischen Volkswirtschaft

enorme Verluste entstanden.

Alle Proteste gegen dieses Verfahren waren ergebnislos, ebenso wie die Versuche, Herrn Woodrow Wilson zum Schutz des Handels seiner amerikanischen Bürger mit den nordischen Ländern aufzutreten.

Am auffälligsten war Wilsons absichtliche Blindheit in der Sache der amerikanischen Post. Daß die Engländer sich diezensur der Telegramme zwischen amerikanischen und neutralen Geschäftsräten anmaßten, mag noch hingehend, da sie sich auf ihr Eigentumsrecht am Kanal berufen könnten. Aber sie führten auch die englische Kontrolle und Beschlagnahme der Briefe, Pakete und sonstiger Post ein, die auf neutralen Schiffen, ohne England anzulaufen, von einem zum anderen neutralen Lande befördert werden sollten. Und als dann schließlich der schwedischen Regierung der Geduldssaden riß, als diese sich zu Repressionsmaßnahmen gegen die englisch-russische Transporthäfen über Schweden entschloß, dann blieb sie vollständig einsam auf weiter Flur. Nach der direkten Attacke an Wilson frustrierte nichts. Gegen die Übergriffe Englands hatte dieser Vorkämpfer des Völkerrechts keine erlaubten Einwendungen zu machen.

Es trifft daher den Nagel auf den Kopf, wenn unser Kopenhagen-Parteileiter Herr Wilson jetzt zu Grimme führt, daß die Lage wirklich neutraler Staaten in Europa, die nicht durch einen Ozean von der Brandung des Weltkrieges getrennt sind, sich etwas anders ausnimmt, als in der anglophilien völkerrechtlichen Philosophie des Verfassers der „Neuen Freiheit“. Nicht zum wenigen infolge der englischen Übergriffe gegen den neutralen Handel sind die Lebensmittelpreise in den standinavischen Ländern nun bis zu 100 und mehr Prozent, je nach der Warenart, seit Juli 1914 gestiegen. Dazu kommt, daß die Industrie dieser Länder, wollten sie Wilson in seiner antideutschen Politik folgen, England

auf Gnade und Ungnade ausgeliefert

würde. England hat seit mehr als Jahresfrist bewiesen, daß es die neutralen Länder mit Kohle und industriellen Rohstoffen weder versorgen kann noch will. Soweit es sich zur Lieferung bereit fand, stellte es die härtesten Bedingungen, die jenen Ländern das freie Verfügungtrecht über die von ihnen erzeugten Fertigfabrikate nahm. Dabei machte es keinen Unterschied, ob es sich um Rohstoffe englischer oder amerikanischer Herkunft handelte.

England hat in dieser Beziehung Amerika lediglich als eine britische Kolonie bewertet, und Wilson hat deutlich genug gezeigt, daß ihm diese Rolle auf den Leib geschnitten war. Aber er wird jetzt begreifen lernen, daß die Bedingungen neutraler Politik in Europa andere sind, und daß daher keine Aufrüttung an die neutralen europäischen Staaten diese recht - weltfremd anmuten muß.

Vom Tage.

Die amerikanische Repräsentantenkammer nahm die Flottenvorlage an, die einen Kredit im Betrage von 269 Millionen Dollar bewilligt und Zusatzbestimmungen enthalt über die Requisitionierung von Schiffswerften, Munitionsfabriken und den Kauf von Flugzeugfabriken.

Hand in Hand dürfte hiermit im Ernstfalle auch die Requisitionierung der aus amerikanischen Werften im Bau befindlichen Schiffe — 628 an der Zahl mit rund 2 100 000 Tons Inhalt — gehen.

Über die Bewaffnung der amerikanischen Handelsdampfer wird heute mitgeteilt, daß die Schiffe sich bewaffnen können. Die Regierung werde keinerlei Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen.

Die Friedensbewegung in Amerika nimmt zu; mit der größten Rücksicht werden diese Bestrebungen fortgesetzt. In New York und Washington fanden Friedenskundgebungen statt. Der sozialistische Bürgermeister von Minneapolis bat des Präsidenten Wilson wegen des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland und forderte die Arbeiter auf, sich im Kriegsfalle zu weigern, die Waffen zu ergriffen.

Oberst Michailowsky warnt im „Rukloje Slovo“ vor der Auffassung, daß der Eintritt der Vereinigten Staaten in den

Krieg den verschärften Tauchbootkrieg paralyzieren könnte. Man müsse bei der bei den Deutschen bisher stets zu findenden Energie und Organisation annehmen, daß Deutschland, mit aller Zähigkeit und unter Aufgebot seiner sämtlichen technischen und chemischen Hilfsmittel seit mindestens zwei Jahren für eine Verschärfung des Tauchbootkrieges rüstet. Deutschland werde zweifellos eine imponierende U-Boot-Flotte geschaffen haben, die nun mehr, da auch die letzten papieren Schranken des Völkerrechts zur See gefallen sind, hemmungslos gegen das blaue Band anrennen werde, das die Staaten der Alliierten und der Neutralen miteinander verbindet. Es sei nicht unmöglich, daß dieses blaue Band an einzigen wesentlichen Punkten völlig zerstört wird. Eine Unterbrechung der überseeischen Verbindungen nach Italien oder Frankreich oder Russland, oder ein Abschneiden der Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und England müsse bedeutsame Rückwirkungen auf die gerade jetzt sehr empfindliche Munitionserzeugung der Entente ausüben. Man dürfe nicht angeracht lassen, daß bereits im letzten halben Jahr 1916 die russische Munitionserzeugung nicht unwesentlich zurückging, weil der deutsche Tauchbootkrieg im Eismeer sämtliche Ladungen mit hochwertigen Sprengstoffen, Schwarzmetall usw., die dringend von der russischen Montanindustrie benötigt wurden, abfangt. Nicht darin lag die große Bedeutung der Tätigkeit feindlicher Tauchboote im Eismeer, daß sie eine Anzahl, teilweise recht wertvolle Munitionsladungen vernichtet, sondern darin, daß sie die Zufuhren von wichtigen Rohstoffen für die russische Montanindustrie verhinderten, so daß diese zu einer nicht unwesentlich ins Gewicht fallenden Einschränkung ihrer Produktion gezwungen wurde. Die Gefahr für die Entente liege weniger in den direkten Erfolgen der U-Boote, als in den indirekten. Es sei eindeutig, daß die Sperrung wichtiger überseeischer Zuflüsse nach den Entente-Ländern in gewissem Sinne auch auf die Landkriegsführung des Jahres 1917 Rückwirkung ausüben werde.

Andere Leute brachte in der französischen Kammer einen Gesetzesentwurf ein, die Regierung aufzufordern, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um der Beziehung eines jeden französischen, alliierten oder neutralen Schiffes, das, wenn es von einem U-Boot erfaßt angegriffen wird, dieses vernichtet, eine Prämie von 50 000 Francs auszuwerfen. — Ein ganz gescheiterter Vorschlag! Nur dürften sich die Finanzminister der Entente-Länder demselben sehr ablehnend gegenüber verhalten, es sei denn, sie seien der Überzeugung, daß der von Leute ins Auge gesetzte Fall niemals eintrete.

Im englischen Oberhaus sprach Admiral Lord Beresford über die Bedrohung durch den Unterseebootkrieg und fragte, ob die Regierung neue Pläne für einen eiszeitlichen Bau von Handels Schiffen aufgestellt habe, ob der Stapellauf und die Fertigstellung von Handels Schiffen, die die entstandenen Verluste ersparen würden, vorgenommen seien, ob neue Vorschriften getroffen seien, wodurch die Verzögerung bei Vorbereitung von Schiffsladungen vermindert werden könnte, ob der Vorrat an Minen vermehrt werden sei, ob Schritte getan werden, die Zahl der kleinen Schiff und Zerstörer zu vermehren, und ob die Bewaffnung der Handels Schiffe schnell verstärkt. Beresford sagte: Seit Beginn des Krieges haben wir über vier Millionen Tonnen Schiffe verloren. Dies ist nicht annähernd so ernst, als es scheint. Wir gleichen den Verlust zum großen Teil aus. Drei Millionen Tonnen, die verloren gingen, sind in Anbetracht der Umstände, in denen wir uns befinden, mehr oder weniger ausreichend ersucht. Es besteht nicht der geringste Grund für eine Panik. Wir haben uns gut gehalten und werden in Zukunft noch weit besser darstellen. Anfang August 1915 wurde der Dejennitigkeit mitgeteilt, daß wir Herr über die Unterseebootsgefahr würden. Soweit ich ersehen kann, sind wir heute diesem Zustande näher als je zuvor. Dies ist auf die neuen Ideen zurückzuführen, die die Komitiatheit von den Seefahrern erhalten hat, die jetzt an Land zurückgekehrt sind und Erfahrung in dieser Art von der Kriegsführung besitzen. Die Sperrung erschreckt mich nicht, denn sie ist ein Verlust, eine Blockade damit zu führen, daß man Schiffe einfängt und die Neutralen überredet, in ihren Häfen zu bleiben. Die Neutralen mögen dies tun oder nicht. Wenn die Deutschen glauben, daß englische Seefahrer in ihrem Hafen bleiben, so treten sie sich sehr. Beresford sollte dann der britischen Handelsmarine Anerkennung und erwähnte, es seien Fälle vorgekommen, in denen englische Seefahrer, deren Schiffe bereits ein- oder zweimal versenkt worden seien, sobald sie in ihren Häfen zurückkehrten, zum dritten Male angesetzt. Lord Lyttelton erwiderte für die Admirabilität und sagte, alle von Lord Beresford angeregten Mitteln würden mit großer Energie zur Anwendung gebracht, was er nicht von diesen, sondern auch von einer großen Zahl anderer Mitteln sagen könnte. Jedes Mittel, welches der menschliche Geist erkennen könne, werde gegenwärtig angewandt, um die Meere als sichere Straße für den Handelsverkehr der Welt zu erhalten. England sei die Seepolizei für die ganze Welt, und Deutschland spielt die Rolle des Räubers. Man sei überzeugt, daß man auch in Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit nicht nur die englischen Armeen an der Front mit Munition und Vorräten versiehen und die Verpflichtungen gegenüber den Alliierten erfüllen könne, sondern auch den bestimmt Weg für den neutralen Handel freihalten und die notwendigen Vorräte für das eigene Volk erlangen könne. Obwohl der Unterseebootfeldzug noch keine vierzehn Tage im Gange sei, zeigten die vorgenommenen Maßregeln bereits leichte Erfolge. Lord Curzon sagte, die Lage sei nicht so schlimm, als man vielleicht annimme.

Lord Curzon sagte, die Lage sei nicht so schlimm, als man vielleicht annimme. Im Juli 1914 habe die britische Handelsmarine aus 390 Schiffen von über 16 850 000 Tonnen Gesamtge-

halt bestanden. Am 31. Januar sei die Bruttotonnenzahl 5 oder 6 Prozent geringer gewesen.

Die nationalistischen Blätter Italiens wiesen sich vor Wut nicht zu fassen, weil Herr in einem dänischen Sozialdemokraten die Kriegslage in Italien frei von der Leber weg als verzweifelt bezeichnete. Ihre Wut ist nicht ausrichtig. Was der Däne von Ferri zu hören bekam, schwelt seit langem auf aller Lippen, hebt unausgesprochen in allen Herzen. Mit schönen Reden und pomposen Leitartikeln läuft sich die Tatsache, daß der heilige Krieg ergebnislos versumpft, nicht hinwegwischen. Die Zensur wütet in den Spalten der sozialdemokratischen Blätter erbarmungslos, sie kann den Kritikern in den Kaffeehäusern Maul- und Handkneifen anlegen — in Mailand wurde dieser Tage ein reicher Adelat im Cafe Savini während einer Philippina gegen den Krieg verhaftet —, sie kann durch Zeitungs- und Briefspalte Italien von dem übrigen West isolieren: die Not des Volkes kann sie nicht stillen, noch hindern, daß aus dem Morast dumpfer Regierung an sich und zu einem Blitzstrahl emporzüngle und die Friedhöfe, auf die sie stolz ist, gruell überleuchtet. — Ferri ist das Kind aus Andersens Märchen, bald wird er nicht mehr allein sein, man lasse den Ereignissen nur die nötige Zeit, unter dem Druck der Not herauszuteilen, und „das Weltgericht“ wird beginnen.

Dass die Hauptverantwortlichen das Verhängnis heranliefen, und ihm irgendwie zuvorkommen mögten, dafür bringt uns jeder Tag die gewichtigsten Zeichen. Salandra zum Beispiel hat vor einigen Tagen in der Alatzapothek von Moncalvo den Mut des Selbstbewußtseins gefunden, sich über die Dauer des Krieges und die Widerstandskraft der Mittelmächte gründlich getäuscht zu haben. Auch trat er einem Fanatiker des Krieges bis zum Weißbluten mit der Bemerkung entgegen, den Interessen des Landes würde die Möglichkeit eines Verhandlungskrieges wahrscheinlich beförmlicher sein. Man könnte, der höflichen Kriegsrede des apulischen Großmauls gedenkend, Schadenfroh ausflachen, wenn Schadenfreude nicht gar so bitter wäre.

Der bekannte englische Sozialist und Friedensfreund Philipp Snowden veröffentlichte im „Labour Leader“ vom 18. Januar einen Aufsatz, in dem die Antwort der Entente an Wilson in folgender Weise gekennzeichnet wird:

Die von den Alliierten angegebenen Bedingungen sind nicht „Wiederherstellung, Wiedergutmachung und Bürgschaften“, sondern Angiff, Vernichtung und Behebung. Erwagt man die wahre Wirkung der Fortsetzung der Verbündete auf Gebietsumgestaltungen, so kann kein Zweifel darüber abhalten, daß sie einer fast tatsächlichen politischen Vernichtung einiges der Mittelmächte gleichkommen. Die europäische Türkei soll ganzlich verschwinden. Die „Befreiung der Polen“ Slawen, Rumänen und Tschechoslowaken von ständiger Herrschaft“ bedeutet tatsächliche Zerstörung Österreich-Ungarns und Bulgariens. Die Wiederherstellung der Alliierten in früheren Jahren entzerrten Kronen bedeutet die Rückgabe Elsaß-Lothringens, Schleswigs und Kujäisch-Polens an Frankreich, Dänemark und Russland.

Die unanständigen und unzweckten Kommentare der britischen Presse zu der Antwort der Verbündeten können die Verhältnisse weiter verschletern noch ändern. Und es ist eine Tat, daß alle vernünftigen Menschen in unserem Lande — schon ganz abgesehen von den Friedensfreunden — über den Charakter der alliierten Bedingungen einig sind. Dies ist auch die Ansicht der neutralen Völker. Die Bedingungen sind derart, wie sie von einer vollständig Siegreichen Macht einem vollständig besiegt und kapitulierendem Feinde diffiniert werden.

Die Gespräche, die man darüber in den Klubs und in politischen Kreisen hält, haben ganzlich verschwinden von den Gelehrten der Rechtsgenossen. Die Alliierten haben der Friedensbewegung unter den Völkern der Mittelmächte einen schrecklichen Schlag verheißen. Da aus die militärischen Ziele der Verbündeten wie in einer Zeiträumung der Mittelmächte bestehen, so wird es für die deutschen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen Sozialisten eine schwerwiegende Sache, ihr Friedenswerk fortzuführen.

Die Botschaft Snowdens hat sich ziemlich bestätigt. Denn die Gegner des sozialdemokratischen Friedenskampfes in Deutschland überzeugten nun förmlich zur Freude über die Antwort der Entente, und die „Sozialen Freunde“ ließen ihren „Auffall“ „Dorf an Georg George“

Die Sozialisten der Mittelmächte werden jeden geeigneten Augenblick ergriffen, um ihr Friedenswerk, das ihnen von den Staatsmännern der Entente aus der Hand gegeben wurde, wieder aufzunehmen. Bis dahin sollte aber kein Zweifel daran bestehen, daß alle deutschen Sozialisten einig sein sollten in der Abwehr der feindlichen Vernichtungskräfte, wie sie Snowden geschildert hat.

auf beiden Seiten gewisslich lebhaft. Ein feindliches Flugzeug fiel in der Nähe von Demir Hisar nieder, Flugzeuge und Flieger sind unversehrt. An der Küste des Ägäischen Meeres beschossen feindliche Kreuzer aus dem Hafen Orjan die Ortschaften Radulovo und Rupchino. Drei Männer, sieben Frauen und sechs Kinder der dortigen Bevölkerung wurden getötet und 11 Häuser zerstört. Ein feindliches Schlachtschiff beschoss ergebnislos Kara Burnu im Westen von Porto Lagos. Feindliche Flieger waren ohne Erfolg auf den Bahnhof von Oktischilar und auf die Eisenbahnbrücke bei Bük Bomben.

gegen jede Wahlrechtsreform erklärt haben, diesmal durch ihren Redner Abg. v. der Osten ausdrücken ließen, doch auch sie eine Änderung des Wahlrechts in der Richtung einer Verstärkung des Mittelstandes, gewisser Kreise der Intelligenz, und des Groß- und Kleingewerbes für wünschenswert halten und bereit seien, nach dem Kriege an einer solchen Reform mitzuwirken. Der freikonservative Abg. Fehr. von Ledig bezeichnete, wie auch schon früher wiederholt, das gleiche Wahlrecht für Preußen für unannehmbar, stellte sich aber auf den Standpunkt, daß das Wahlrecht unmittelbar nach dem Kriege neuordnet werden müsse.

Im übrigen ist aus der Debatte eine lange Rede des Ministers von Loebell hervorzuheben, in der er sich über den Geist der preußischen Verwaltung und das Verhalten der Beamten dem Publikum gegenüber in durchaus freiheitlicher Weise äußerte. Es fragt sich nur, ob der Minister auch die Macht hat, diesen seinen Worten die Tat folgen zu lassen. Wir können es nur unterstreichen, wenn er sagte, daß burokratische Engherzigkeit, schroffe scharfe Formen, kleinliche unnötige polizeiliche Maßregeln verärgern und verlegen würken. Den Schluss seiner Rede bildete eine Verherrlichung der Monarchie, die lebhafte Beifall bei der großen Mehrheit des Hauses auslöste und die Rechte allem Anschein nach mit dem Herrn Minister, über dessen etwas überale Anschauungen sie nicht gerade sehr erbaut war, wieder ausgeöhnt haben dürfte.

Der Reichskanzler ermahnt die Landwirte.

Der Reichskanzler hat an alle Bundesregierungen nachstehendes Schreiben gerichtet:

Aus Anlaß der am 15. Februar stattfindenden Erhebung der Bestände an gedroschenem und ungedroschenem Getreide und der für den 1. März angeordneten Aufnahme der Viehhaltung und Kartoffelvorräte gestatte ich mir, auf die große Bedeutung hinzuweisen, die die Aufklärung aller landwirtschaftlichen Kreise über die Tragweite dieser Maßnahmen besitzt. Diese Bestandsaufnahmen stellen erneute Anforderungen an Zeit und Arbeitskraft der Landwirte und der zum größten Teil mit Amtsgeschäften wie mit eigenen landwirtschaftlichen Arbeiten überlasteten ländlichen Ortsbehörden.

Neuerdings ist eine vaterländische Pflicht. Es gilt die Versorgung unseres Heeres und der einen großen Teil der Arbeiten für die Rüstung des Heeres ausführenden städtischen Bevölkerung zu sichern. Ihre Arbeitskraft muß durch richtige Einteilung und geregelte Ausführung der notwendigen Lebensmittel weiter erhalten werden, damit die tapferen Truppen mit allem versehen werden, was zum Siege nötig ist. Die Voraussetzung für das Gelingen des Werkes der Sicherung unserer Volksernährung ist eine möglichst genaue und zuverlässige Vorbereitung. Millionen von landwirtschaftlichen Betrieben müssen an der Absicherung des Notwendigen mitwirken. Auf jeden einzelnen Betrieb, mag er noch so klein sein, kommt es an. Die deutschen Landwirte und Landwirtswomen werden auch in diesem Falle die Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Sie werden sorgen, daß ihre Bestände so genau als möglich aufgenommen werden, daß sodann die abschließenden Absicherungen voll und rechtzeitig erfolgen und daß auch die Bestellung zur neuen Ernte trotz aller Schwierigkeiten so gut und sorgsam wie irgend möglich erfolgt. Kein Soldat, kein Rüstungsarbeiter und keine Kriegerfamilie darf Mangel leiden durch einen Verzäumnis des Landmannes. Er hat die hohe und heilige Pflicht, dem deutschen Volke sein tägliches Brot zu liefern und es dadurch unüberwindlich zu machen gegenüber dem Aushungernplan unserer Feinde, der sich jetzt an ihnen selber rächt.

Wir wollen nur wünschen, daß dieser Mahnruf Erfolg hat. Die Zeit wird es ja lehren.

Die neuen Steuern.

Es steht nunmehr fest, daß dem Reichstag bei seinem Zusammentritt ein Steuerprogramm vorgelegt wird, um die Mittel zu gewinnen, die Jinten für die Kriegsanleihen aus laufenden Mitteln decken zu können. Der Haushaltsausschuss des Reichstags tritt am 21. Februar zusammen, um vertrauliche Mitteilungen des Schatzkärrars entgegenzunehmen. Über die Art der neuen Steuern ist noch nichts Sichereres bekannt. Man nimmt an, daß zunächst eine Abgabe auf die Kohlenförderung vorgeschlagen wird. Außerdem rechnet man damit, daß der Eisenbahnverkehr zugunsten des Reiches verstärkt wird, also vermutlich eine Erhöhung der Fahrkartensteuer.

Wie die „Tägl. Rundschau“ noch mitteilen kann, handelt es sich um ein ganzes Bündel von Steuervorlagen, über die aber der Bundesrat noch nicht entschieden hat. Die fortschrittliche Presse spricht die Hoffnung aus, daß es nicht etwa bei indirekten Steuern sein Bewenden haben werde, sondern zur Ergänzung auch eine direkte Steuer in Vorrichtung gebracht wird. Da der Krieg weiter geht und damit wohl auch die Kriegsgewinne reichlich weiter fließen, so könnte an einen Anbau der Kriegssteuer gedacht werden.

Der neue Etat wird lediglich eine Abrechnung des vorigen sein, nur der Postetat wird in der üblichen Weise speziell vorgelegt werden. Die Reichsregierung hat den Etatentwurf festgestellt, in diesen Tagen wird sich der Bundesrat damit beschäftigen, indes der Etat beim Zusammentritt des Reichstages den Abgeordneten zugehen wird.

Das preußische Wahlrecht in der Praxis.

Im ersten Berliner Wahlkreis hat für Liebknecht eine Erfahrung stattgefunden. Die Zahl der Wahlmänner beträgt 625. Infolge Todesfall oder Wegzuges aus dem Urwahlbezirk sind für die Erfahrung 268 Wahlmänner neu zu wählen. Der Berliner Magistrat veröffentlicht jedoch für die Auslegung der Abteilungswahlen die notwendigen Grundlagen. Daraus ergibt sich, daß man in der Trieststraße 56 oder 59 21 479 M. Steuern zahlen muß, um in der ersten Abteilung wählen zu können. Aber im Nachbarhause Trieststraße 57 kann man schon mit 156 M. Steuern in der ersten Wahlabteilung wählen. In der Hennigdorfer Straße 14 zahlt man 16 528 M. Steuern, um in der ersten Abteilung wählen zu können, in der Scheererstraße 2 aber benötigt schon eine Steuerleistung von 114 M. zur Ausübung des Wahlrechts in der ersten Abteilung. In der Brüsseler Straße 1 darf man mit 114 M. Steuern in der zweiten Abteilung wählen, wenn man sich mit einem Namen einträgt, der im Alphabet wenigstens mit einem K anfängt. Ein Lehmann also muß hier mit der selben Steuerleistung wie ein Hinz oder Kunz, die in der zweiten Abteilung wählen dürfen, in der dritten Abteilung wählen.

Trotz alledem scheuen sich die Konservativen nicht, ein solches Wahlrecht als „Ideal“ zu bezeichnen und zu verteidigen! Das ist es, daß die Konservativen, die sich früher

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WER. Berlin, 14. Februar. (Endlich).
Der letzte Stand der gegenwärtigen Kriegslage geschildert.

* * *

Wien, 14. Februar. (Endlich).

Deutscher Kriegsjäger.

Staatsgruppe des Generalstabes des Reiches.

Seine höchste Errichtung.

Herrschard des Generalsekretärs des Reichs. Sojet.

Staatsgruppe des Reichsministers für Kriegsangelegenheiten.

Staatsgruppe des Generalsekretärs des Reichs. Sojet.

Eine sehr zeitgemäße Mahnung.

Von agrarischer Seite wird immer wieder behauptet, daß die Landwirte in diesem Kriege ihre Schuldigkeit reitlos getan haben. In einem schroffen Widerspruch zu dieser Sicherung steht aber die Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Körperschaften sowohl als auch die agrarische Presse sich immer wieder genötigt sieht, die Landwirte an ihre Pflicht zu erinnern. Neuerdings erläßt der Oberamtmann Schiphake einen Aufruf an die Landwirte, endlich das Brotgetreide abzusieben. Er sagt:

"Das möglichst schleunige Ausdrücken und die Ablieferung des Getreides ist jetzt eine nationale Pflicht aller Landwirte, die von niemanden vernachlässigt werden darf, wenn wir durchhalten wollen. Wir können durchhalten, wenn jeder seine Pflicht tut. Drum wacker auf zur Tat! Ob Krieg oder Frieden — nie war unsere Zukunft mehr als heute von den Leistungen unserer Landwirtschaft bedingt. Das sollen die Landwirte bedenken — aber auch die anderen."

Diese Mahnung ist zweifellos sehr zeitgemäß, denn aus ihr ergibt sich, daß jetzt, Mitte Februar, offenbar noch große Vorräte Getreide vorhanden sind, die noch nicht einmal ausgedroht zu sein zu wünschen, daß wenigstens diese Mahnung endlich einmal einen restlosen Erfolg haben wird.

Volksaufstand und Kriegsentzündigung.

Graf Reventlow läßt in der "Deutschen Tageszeitung" eine neue Mine springen, um zu beweisen, wie unablässig es ist, daß uns der Friede neben Landesverlust auch eine große Kriegsentzündung bringt. Der Graf schildert die Verhältnisse in Japan beim Friedensschluß im russisch-japanischen Feldzuge. Amerika und England haben damals verhindert, daß Japan Friedensbedingungen stellen konnte, die für das besiegte Russland etwas drückender Natur gewesen wären, und er weist darauf hin, daß es aller Anstrengung der japanischen Regierung bedurfte, um Russland der enttäuschten Volkswart und gewaltsame Unzulänglichkeit zu erwidern. Die Empfindungen des japanischen Volkes seien verständlich und berechtigt gewesen: das Volk hatte gezahlt, geblutet und gesiegt und sah sich trotzdem wider alles Erwartete lediglich vor stark erhöhte Ansprüche an seine Steuerkraft gestellt. Deshalb dürfte die deutsche Regierung nicht auf den Boden der Ansicht treten, daß jedes Volk seine Kosten selbst bezahlen sollte. — Die vom Grafen Reventlow hier angewandte Waffe ist nicht neu, denn der Kreis, der sich um die "Deutsche Tageszeitung" schart, hat es noch immer verstanden, um der Erfüllung seiner Interessen großen Nachdruck zu geben, die Volkswut im Hintergrunde aufmarschieren zu lassen. Das war so, als der Bund der Landwirte gegründet wurde und Rupprecht-Ransern mit dem Übergang der Agrarier in das Lager der Sozialdemokratie drohte, und dieser Kniff ist im Laufe der Jahre immer wieder angewendet worden, sodaß es an sich also nichts Neues ist, wenn auch bei der Feststellung der Friedensbedingungen das Gespenst des Volksaufstandes an die Wand gemalt wird.

Die Finanznöte der Kleinstaaten.

Der außerordentliche Landtag für Thüringen hat am Montag mit einer Dauerfassung seine Arbeiten wieder aufgenommen. Die Thüringer Kleinstaaten-Finanznöte trat stark in die Erscheinung. Obwohl im Großherzogtum aus den Forsten gegen 654 000 Mark, durch Erhöhung der Einkommenssteuer gegen 800 000 Mark und durch Zuschläge zur Ergänzung Vermögenssteuer gegen 375 000 Mark mehr eingenommen wurden, hat die Staatskasse bereits 6 Millionen über die Voranschlagslage mehr verbraucht. Bereits 10 Millionen sind Kredit bewilligt und jetzt muß der Landtag wieder zwei Millionen Kredit, sodaß es dann 12 Millionen sind, bewilligen. Was das für die Kleinstaaten bedeutet, ist kaum zu übersehen.

Amerika.

Aufstand auf Kuba. Das Staatsdepartement in Washington teilte mit, daß auf Kuba ein Aufstand ausgebrochen ist. Dienstag wurde aus Havanna telegraphiert, daß die Rebellen in der Provinz Matanzas von den Regierungstruppen geschlagen wurden. Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten der kubanischen Regierung 5000 Gewehre mit Munition angeboten haben.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 15. Februar.

Ziefeinschneidende Maßnahmen zur Kohleknappheit ordnet des stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps, dem befannlich auch Lübeck untersteht, an, um der vorübergehenden Kohlennot zu steuern.

1. Die Kirchen dürfen nicht mehr geheizt werden, die öffentlichen Sammlungen, Museen und dergl. nur insoweit, als es zur Erhaltung der darin aufbewahrten Gegenstände dringend erforderlich ist.

2. Sämtliche staatlichen und privaten Schulen mit Ausnahme der Volksschulen werden geschlossen.

3. Theater, Lichtspieltheater, Konzerthallen, Säle, in denen Musikkonzerte, öffentliche Versammlungen, Vorträge oder sonstige öffentliche Veranstaltungen stattzufinden pflegen, ebenso die öffentlichen Unterhaltungsrestaurants mit musikalischen Darbietungen, Varietés, Spezialitäten-Theater, Singspielhallen und dergl., sowie die großen Kasinohäuser, die ihren Gästen bisher musikalische oder deklamatorische Vorträge geboten haben, werden geschlossen.

4. Die Lieferung von Brennstoffen, insbesondere von Kohlen und Rofs, an die unter 1-3 genannten Betriebe wird verboten.

5. Alle Brennstoffvorräte, die für die in Ziffer 1-3 genannten Betriebe bestimmt sind, gelten hiermit als zugunsten des Kommunalverbandes, in dem sie sich befinden beschleagnahmt. Über die Vorräte darf von den Eigentümern nur noch mit Genehmigung des Kommunalverbandes oder der von ihm beauftragten Behörden verfügt werden. Der Kommunalverband ist berechtigt, sie zu den Einstandspreisen zu enteignen und an Betriebe der öffentlichen Wohlfahrt, Volksschulen, Wärmehallen usw. abzugeben. Das Eigentum an den Brennstoffen geht mit Zustellung des Enteignungsbescheides auf den Kommunalverband über. Spätestens bei der Abholung von dem bisherigen Eigentümer sind die enteigneten Vorräte zu bezahlen.

6. Die Landeszentralbehörden und die von ihnen beauftragten Behörden können in Berücksichtigung besonderer örtlicher Verhältnisse von den Bestimmungen zu 1-3 für einzelne Betriebe oder Arten von Betrieben dauernd oder für einzelne Tage Ausnahmen innerhalb des Rahmens der bisherigen Vorschriften zulassen. Diese Ausnahmen können an die Erfüllung bestimmter Bedingungen und Beschränkungen geknüpft werden. Die Lieferung von Brennstoffen bleibt auch im Falle solcher Ausnahmeverbilligungen untersagt.

7. Die Polizeibehörden können die Polizeistunde bis auf 8 Uhr abends herabsetzen, ferner anordnen, daß die Straßen mit Ausnahme der Lebensmittelläden und der Apotheken, außer am Sonnabend, schon um 5 oder 6 Uhr abends zu schließen.

Der „Lübecker Volksbote“ ist das volkstümlichste Blatt Lübecks und der Umgegend.

Er erläutert die Kriegsereignisse in streng wahrheitsge-
mäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art!

Er scheidet alle Sensationsnachrichten aus und macht
unverbürgte Nachrichten als solche kennlich!

Er kämpft gegen den Wucher und die Preistreiberei
unserer Lebensmittel und Gebrauchsartikel!

Er trifft für eine ausreichende und gerechte Kriegs-
fürsorge ein!

Er berüft die Kriegerfamilien in allen Fragen der
Unterstützung und Versorgung!

Er spricht gegen den Völkerhass und bahnt einer
friedlichen Verständigung den Weg!

Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde
gelesen und täglich aufs neue von ihnen verlangt!

Der „Lübecker Volksbote“ vertritt die Interessen
der Werktätigen aller Berufe und Stände in dem
Rahmen, den die verschärften Gesetze zulassen!

Man überzeuge sich durch ständiges Lesen
des „Lübecker Volksboten“!

Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte
hat das Recht, den „Volksboten“ zu lesen und
wird ihn bald nicht mehr ensbehren wollen.

Einzelnummer 10 Pf.
Monatlich ins haus 80 Pf.

8. In Mietwohnhäusern, Geschäfts- und Kon-
torhäusern, Hotels, Gasträumen und den zu-
Büro 3 ausgeführten Betrieben, soweit sie durch Zentralheizung
mit Wärme versorgt werden, darf die Zimmerwärme 16
Grad C. nicht überschreiten.

9. In Mietwohnhäusern mit Warmwasserversorgung dürfen
die Badeeinrichtungen nur an einem, vom Hauswirt zu bestimm-
enden Tage der Woche in Benutzung genommen werden. Die
Hauswirte sind berechtigt, an den übrigen Tagen die Benutzung
der Badeeinrichtungen zu verhindern.

11. Die Bestimmungen der Ziffern 1-3 dieser Verordnung
treten am 17. Februar 1917, die übrigen sofort in
Kraft, ihre Aufhebung wird erfolgen, sobald die Verhältnisse es
gestatten. Bis zum 17. Februar 1917 können die genannten Ziffern 6
beschlagnahmten Vorräte von Brennstoffen noch zu Heizzwecken ver-
braucht werden, später nur noch mit Genehmigung des zuständigen
Kommunalverbandes.

Der Mangel an Heizmaterial ist der Grund für diese Maßnahmen, die gewiß von vielen schwer empfunden werden. Selbstverständlich gehören Theater, Konzerte, Kinos usw. zu den Dingen, die zum Leben nicht unangänglich notwendig sind, und manche minderbemittelten Leute sind überhaupt nicht in der Lage, sie besuchen zu können. Dennoch bringen sie ein wenig Farbe in das trübe Grau, das gegenwärtig über dem Dasein ganzer Völker lastet. Zudem geben sie Hunderten von Personen Beschäftigung und damit die Mittel zur Ernährung. Diese wird durch die Schließung bedroht und deshalb sollten die in Betracht kommenden Stellen wenigstens alles tun, um die Interessen der Angestellten möglichst zu wahren.

Der vaterländische Hilfsdienst und die Frauen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst sieht für die Frauen einen Zwang zum Hilfsdienst nicht vor. Das Kriegsamt rechnet aber in weiterem Umfang auf die freiwillige Mitarbeit der deutschen Frauen in der Kriegswirtschaft, insbesondere in der Heeresindustrie und in der Landwirtschaft wie auch in der sozialen Hilfsarbeit. Zur weiteren Heranziehung von weiblichen Arbeitskräften zur Ausübung aber auch geeigneter Fürsorge für die erwerbstätigen Frauen und deren Kinder ist hier selbst im Rahmen des Stadt- und Landamtes in Verbindung mit dem öffentlichen Arbeitsamt eine Frauenarbeits-Nebenstelle gebildet. Die Gründungsversammlung hat bereits stattgefunden. Die praktische Arbeit soll in Kürze aufgenommen werden. In der Frauenarbeits-Nebenstelle sind alle nach den Richtlinien des Kriegsamtes besonders zur Mitarbeit berufenen Körperschaften, Berufsorganisationen und Wohlfahrtseinrichtungen vertreten, insbesondere die Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammer, die Gewerbeinvention, das Rote Kreuz, der Nationale Frauen- dienst, die Zentrale für private Fürsorge, die Berufsberatungsstelle, der vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz und das Gewerkeinstattkartei. Mit Unterstützung aller dieser Kreise sowie der sonst in Betracht kommenden Organisationen hofft die Frauenarbeits-Nebenstelle ihre Aufgabe erfolgreich durchzuführen zu können. Um weitere Kreise über den von den Frauen erwarteten freiwilligen Hilfsdienst aufzuführen, wird, worauf wir hinzweisen erügeln werden, die Mitarbeiterin der Kriegsamtsstelle Atona, Fräulein Dr. Gertrud Bäumer, am Sonntag, dem 18. Februar, nachmittags 4½ Uhr in öffentlicher Ver- sammlung im Marmorsaal des Stadttheaters über das Thema "Die Frauen und das Hindenburgprogramm" sprechen. Auf diese wichtige Versammlung sei schon jetzt hingewiesen und ihr Besuch allen Kreisen der Bevölkerung empfohlen.

Die ersten Aluminiummünzen. Die neuen Aluminiummünzen sind nun, vorläufig in geringer Zahl, zur Ausprägung gelangt und Dienstag durch die Reichsbank an die Banken ausgegeben worden. Es handelt sich um 1-Pfennig-Stücke, die im Bild keine Veränderung gegen die Kupferpfennige zeigen, hingegen etwas kleiner und stärker als jene sind. Sie haben einen Durchmesser von 18½ Millimetern, während die alten Kupferpfennigen 18 Millimeter Durchmesser haben. Die neuen Münzen sind von silberglänzender Farbe, doch wird erst die Erfahrung lehren, ob sie von längerer Haltbarkeit sind. Die Königliche Münze in Berlin hat bisher 17100 Stück ausgespielt, da die Beschaffung von Aluminium schwieriger geworden ist. Auch von anderen Münzen, so in Hamburg sind vorerst nur kleinere Mengen hergestellt worden. Die Prägung selbst bereitet keinerlei Schwierigkeiten.

Zwecklose Gesuche um Überleitung von Waren der Kriegswirtschafts-Aktionsgesellschaft. Bei der Kriegswirtschafts-Aktion- gesellschaft, Geschäftsausleitung der Reichsbefreiungsstelle laufen täglich aus allen Teilen des Reiches Gesuche von Fabrikanten, Großhändlern und Kleinhandlern vor Web-, Wirk- und Strickwaren

um Zuteilung von Waren aus ihren Warenlagern ein. Alle diese Gesuche müssen aus grundsätzlichen Gründen abgelehnt werden, weil die Kriegswirtschafts-Aktionsgesellschaft ausschließlich nur an bestimmte Verbände Waren abgibt. Bei der Menge der einlaufenden Gesuche von Einzelpersonen ist eine Beantwortung nicht möglich; die vielen unnötigen Anträge, die von vornherein keine Aussicht auf Beantwortung haben, erschweren den ohnehin schon umfangreichen Geschäftsbetrieb der Kriegswirtschafts-Aktion- gesellschaft erheblich. Bei dem allgemeinen Mangel an Arbeitskraft verhindern sollte jede unnötige Vergaudlung von Arbeitskraft verhindern werden, weshalb die Kriegswirtschafts-Aktionsgesellschaft die beteiligten Kreise erneut darum bitten, aussichtslose persönliche Gesuche um Warenzuweisung zu unterlassen.

Jahresbericht der Ortsgruppe Lübeck des Deutschen Arbeiters-Abstinenzbundes. Der Erfolg unserer Tätigkeit während des vergangenen Jahres kam in Betracht der durch den Weltkrieg hervorgerufenen schwierigen Verhältnisse als ein aufzufeststellender betrachtet werden. Es ist uns durch eifige Werbetätigkeit nicht nur gelungen, die Lüden, welche der Weltkrieg auch in andere Reihen gerissen hatte, wieder auszufüllen, es ist auch darüber hinaus ein, wenn auch geringer Anzahl an Mitgliedern zu verzeichnen. Zu Anfang des Jahres war es uns möglich, auch in Gattin, wo unsere Organisation noch keinen festen Fuß gesetzt, Verbindungen aufzuknüpfen, welche nach Beendigung des Krieges für unsere Sache von Erfolg sein können. Auf Anregung des Bundesvorstandes hatten wir im Monat März eine Agitation unter der Arbeiterjugend unternommen. Dieselbe war eingeleitet durch Verteilung des Flugblattes "Liebe Jugendgenossen". Darauf folgten drei Vorträge über die Alkoholfrage. Als Referenten hatten sich Mitglieder unserer Ortsgruppe bereitwillig zur Verfügung gestellt. Bei dieser Gelegenheit war es uns auch möglich, unsere Werbeträger unter der Jugend zu verbreiten, was sich ebenfalls als ein gutes Agitationsmittel erwies. Der Erfolg dieser unserer Werbetätigkeit war zunächst ein geringer; er vergrößerte sich erst, nachdem die neu gewonnenen Jugendgenossen sich rege an der persönlichen Agitation beteiligten. Der hierdurch erreichte Mitgliederzuwachs wurde zum Anlaß, daß wir wieder regelmäßige Versammlungen im Gewerkschaftshaus abhalten konnten. Es geschieht dies einerseits schon vor dem Kriege gefaßten Beschlus entgegengesetzter Bezahlung einer Lokalmiete, wofür das Servieren von Getränken während der Versammlung in Fortfall kommt, und somit ein Trinkzwang für die Versammlungsteilnehmer nicht besteht. Wir hoffen, daß unser Vorgehen in dieser Beziehung auch anderen Arbeiterorganisationen ein Fingerzeig für "Neuerorientierung" im Versammlungswege sein möge. An öffentlichen Veranstaltungen waren wir durch den "Verband Lübecker Abstinenz-Vereinigungen" bei zwei Volksversammlungen im Gewerkschaftshaus beteiligt. In der ersten Versammlung rief der süddeutsche Volksredner Peter Elpidius alle wahren Volksfreunde zum Kampf gegen den Alkohol auf. Die zweite Versammlung gab Sanitätsrat Dr. Strecker Gelegenheit, die Lebensmittelfrage von wissenschaftlichem Standpunkt im Sinne der Abstinenz zu erörtern. In einer von uns mitunterzeichneten Eingabe an den Lübecker Senat wurde die Zuwendung von 50 000 Rentner-Zucker an die Alkoholproduzenten vertheilt. Dem Beitzeden, der Verteilung von Nahrungsmitteln zur Herstellung von alkoholfreien Getränken Einhalt zu tun, diente auch ein entsprechendes schriftliches Erjuden an unsere Reichstagsabgeordneten Th. Schwarz. Weniger umfangreich als die nach außen gerichtete Ausklärungsarbeit war die Tätigkeit in unseren Zusammenkünften und Versammlungen. Hier bietet sich den Mitgliedern, welche nach außen hin aus irgend welchen Gründen sich nicht betätigen können, ein großes Arbeitsfeld. Es muß unter Bestreben sein, unsere Versammlungen so auszugestalten, daß dieselben für die Mitglieder anregend und belehrend wirken, um dadurch einen guten Versammlungsbezug zu erreichen. Die Finanzlage der Ortsgruppe war am Jahresende zufriedenstellend. Auch der Schriftentwurf hat sich im Berichtsjahr in verhältnismäßig günstiger Weise entwickelt.

Ruhmarmachung ersterer Kartoffeln. Es herrscht in vielen, insbesondere Verbraucherkreisen die Aufassung, daß erstickte Kartoffeln für menschliche Ernährung ungeeignet seien; in vielen Haushaltungen werden erstickte Kartoffeln einfach weggeworfen. Die Aufassung, daß erstickte Kartoffeln nicht mehr genießbar gemacht werden können, ist irrt. Die erstickten Kartoffeln sind zum Gebrauch fast zu lagern, damit sie unter keinen Umständen austauen. Sie werden vor dem Gebrauch 12 bis 20 Stunden (sie nach dem Grad der Gefrierhärte) hindurch in kaltes Wasser gelegt, das zweimalig hermehren kann. Sie dürfen dann nicht gewälfelt werden, sondern werden in der Schale gekocht. Durch diese Behandlung verlieren die Kartoffeln ihren Geschmack und sind nicht erstickten Kartoffeln durchaus gleichwertig.

Ein Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1916 betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungs-Berbot für Web-, Strick-, Wirk- und Strickgarne ist heute erschienen, durch welche die zum Kleinverkauf in Warenhäusern und sonstigen offenen Ladengeschäften freigegebenen Mengen an wohltätigen und wohltätigkeitsfördernden Strickgarne wieder erhöht werden sind. Es sind nunmehr 50 v. H. der Vorräte, die sich am 31. Dezember 1915 bereits in Warenhäusern oder sonstigen offenen Ladengeschäften befanden, zum Kleinverkauf oder zum Verkauf an Häusernverbetrieb freigegeben, mindestens jedoch 25 kg. Als Beendigung der Freigabe ist die Vorräte bestehen geblieben, daß der Verkaufspreis der einzelnen Sorten nicht höher bemessen wird, als der zuletzt vor dem 31. Dezember 1915 von demselben Verkäufer erzielte Verkaufspreis. Weitere Freigabe von Strickgarne sind für einen späteren Zeitpunkt im Austritt genommen worden. Einzelanträge zur Freigabe können jedoch nicht berücksichtigt werden. Der Vorstand der Nachtrags-Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzutragen.

Der Kartoffelpreis wird vom 16. Februar ab auf 8 Pf. pro Pfund im Kleinhandel erhöht. Die Leute, die nicht in der Lage waren, sich rechtzeitig mit Kartoffeln zu versehen, müssen nun leider diesen teuren Preis zahlen, wenn es erst wieder Kartoffeln zu kaufen gibt.

Von den Geldsendungen an Kriegsgefangene und zivilierte Deutsche in Frankreich wurden bis zum 1. Dezember 1916 von der französischen Regierung 20 Prozent einbehoben. Von diesem Tag an werden die Geldsendungen überall wieder zum Postkurs voll ausbezahlt. Die einbehobenen Beträge werden den Empfängern, wie die französische Regierung amtlich mitteilt, nachträglich verübt.

Stadttheater. Man schreibt uns: Da zunehmend die Uraufführung von Heinrich Manns neuestem Bühnenwerk "Madame Bovary" in Lübeck stattfindet, will der Dichter der Vorstellung beiwohnen und hat die Direction erucht, die Uraufführung auf nächsten Dienstag zu verlegen, da er vorher nicht abschließlich ist. Die Direction hat diesem Gruben entgegnet. Die Sonnabend gelösten Eintrittskarten werden an der Theaterkasse eingetauscht.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag wird zum ersten Male die beliebte Operette "Die Tollkarden" von Lew Fall gegeben und zwar tritt bei dieser Gelegenheit der neu engagierte Tenor Herr Karl Gräve vom Deutschen Theater in Wilna auf. Herr Gräve ist dem Lübecker Theater-Publikum kein Fremder, da derselbe schon vor Beginn des Krieges am diesigen Stadttheater engagiert war. Ferner ist mehrfach gedulderten Kritiken entsprechend, das Orchester und mehrere Mitglieder verübt worden.

pb. Ein Schwein geschlachtet und entweder. In der Nacht vom 14. da. bis. ist in dem Stalle eines Arbeiters auf dem Buntfeuer ein etwa 2 Zentner schweres Schwein abgeschlagen und gestohlen worden.

pb. Diebstähle. In der Nacht zum 10. da. M. sind aus einem Geschäft in der Langen Reihe 20 Brote und 10 bis 12 Pf. Miedelgold gestohlen. — In vorletzter Nacht sind aus den Gärten des Heiligengeistkamps 22 Stück Messingwasserhähne abgebrochen und gestohlen.

pb. Erkauft. Am 12. d. Mts. abends um einem Beamten der Kriminalpolizei, vier jugendliche Männer, aber obzufassen, als sie im Begriff standen, in einen am Hafen stehender Eisenbahnmagazin, der mit Säcken beladen war, ein zu treten. Die Täter hatten das Schloß der Tür bereits zerbrochen und zu Boden geworfen. Durch die angestellten Gründelungen konnte einer der Täter auch noch eines früher begangenen Schiffsbahnhofs überführt werden, indem bei ihm mehrere silberne Gasbehälter gefunden wurden.

pb. Der Dieb als Wächter. Ermittelt und festgenommen wurde ein Wächter, der sich des schweren Diebstahls schuldig gemacht hat, indem er einem Lagerverwalter vor leicht durch Aufbrechen der Behälter einen größeren Geldbetrag und Zigaretten entwendete.

pb. Gefasste Handelschens-Diebin. In letzter Zeit sind in dem Schalterraum der Hauptpost mehrere Handelschens-Diebstähle aufgeführt. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf ein junges Mädchen, welches in jedem Falle die gestohlenen geben hatte, für sie ein Telegramm oder Paketadreß auszuwerben und hierbei die Gelegenheit zum Diebstahl suchte und auch fand. Gestern wurde die Diebin in der Person einer 18jährigen bereitwilligen Arbeitnehmerin ermittelt und festgenommen. An ihrem Besitz befand sich noch eine gestern von ihr gestohlene Handtasche mit Inhalt.

pb. Ein Sack Mehl vom Wagen gestohlen. Als gestern Nachmittag das mit Mehl beladene Fuhrwerk einer kleinen Handelsfirma vor einer St. Mere in der Fischergrube hielt, wurde während der kurzen Abwesenheit des Führers ein Sack Mehl im Gewicht von 200 Pfund gestohlen.

Schönberg i. M. Reichstagsabgeordneter Roland Lütke verstorben. In Heidelberg verstarb in der Nacht zum Mittwoch der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Roland Lütke im Alter von 62 Jahren. Der Vorstandsvorsteher im Reichstage den Wahlkreis Mecklenburg-Strelitz.

Westerstede. Gasvergiftung. Der "Ammerländer" schreibt: Am Dienstag fand man die Bredenerischen Eheleute in Westerholtsfelde beide tot im Bett vor. Die Familie, brave und fleißige Leute, bewohnte in Westerholtsfelde ein Häuschen. Während der Mann nach Eldenburg zur Arbeit ging, schliefte und wälzte die Frau mit ihren acht meist noch schwülflaktiven Kindern zu Hause. Montag abend, als man zu Bett ging und die Räte in der Kammer recht sichtbar war, ließ die Frau Bredemeyer einen Eimer mit glühenden Kohlen (!) auf, um den kalten Raum etwas zu erwärmen. Die Kinder schliefen in einem anderen Raum. Als nun am anderen Morgen die Eltern noch schliefen, machte die brave 18jährige Tochter, um die Eltern nicht zu fören, die Geschwister schlaflos. Als aber in der Kammer der Eltern auch gegen Mittag noch alles still blieb, sah sie nach und fand beide Eltern tot im Bett vor. Sie waren an den Kohlengasen erstickt.

Bekanntmachung betreffend Verbot der Aufzucht von Kälbern.

Auf Grund des § 6 der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegernährungsamtes über die Bewertung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 8. Oktober 1916 verordnet das Polizeiamt zur weiteren Förderung der Milchgewinnung für die menschliche Ernährung:

Kälber, die in der Zeit vom 20. Februar bis 1. Mai 1917 geboren werden, sind innerhalb einer Woche nach der Geburt an die Schlachthof-Beratung in Lübeck abzuliefern.

Die Aufzucht dieser Kälber kann zunehmeweise aus besonderen Gründen vom Polizeiamt erlaubt werden.

Zusammenhandlungen werden auf Grund des § 14 der oben erwähnten Bekanntmachung mit Genehmigung bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer diese Strafen bedroht. Neben der Strafe kann auf Einziehung der nutzbarbaren Kälber erlassen werden.

Lübeck, den 14. Februar 1917.

(7441) Das Polizeiamt.

Bekanntmachung betreffend die Preise für Kartoffeln.

Ab die Zeit vom 16. Februar d. Jg. an gelten für die von dem Auszücker für Kriegshilfe bezeugten Kartoffeln die unten folgende Preise:

1. Bei Abnahme von ganzen Eisenbahnwagenladungen 1 Mt. 8 Pf. für den Zentner.
2. Bei der Abgabe einer Bagat. der färblichen Kartoffelflasche 1 Mt. 675 für den Zentner.
3. Bei der Bagat. durch die Märkte & Biermeile für das Stück.

Der vorstehende oder fabrikätzige gegen die vorstehenden Bezeichnungen verlangt, wird auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Kriegsministers über die Kartoffelförderung vom 26. August 1916 mit Genehmigung bis zu 6 Minuten oder zu Geldstrafe bis zu Mt. 1500 — bestraft. Bleiben der Strafe fiktiven die Befreiung, so ist die fiktive Handlung bestraft, eingezogen werden, ohne Unterlaß, ob es dem Täter gespielt oder nicht.

Lübeck, den 15. Februar 1917.

(7442) Der Ausdruck für Kriegshilfe.

Um Mitternacht zu der Bekanntmachung betreffend Veränderung der Abnahm- und Sortierungssachen für Sto. Ziffer-Schl. und Briefmarken und beide in den amtlichen Zeitungen und durch die Postbeamten veröffentlicht.

Lübeck, den 16. Februar 1917.

(7443) Stellv. Generalpostmeister IX. 2. S.

Waizenhaus.

Die Schule am Waizenhaus in der 2. Bezirkschule und von den Eltern oder den Erziehern der Kinder im Beisein des Lehrers am Freitagvormittag, den 19. Febr., umgekehrt 9 Uhr, in Waizenhaus anzutreten. Samstag, Sonntag und Montag zwischen den Stunden soll jeder ausprägen. Die Fortsetzung der Schule ist dabei ausgeschlossen.

Die Fortsetzung der Schule ist dabei ausgeschlossen.

Stadttheater.

Die Schule am Waizenhaus in der 2. Bezirkschule und von den Eltern oder den Erziehern der Kinder im Beisein des Lehrers am Freitagvormittag, den 19. Febr., umgekehrt 9 Uhr, in Waizenhaus anzutreten.

Die Fortsetzung der Schule ist dabei ausgeschlossen.

Blockwagen.

Die Schule am Waizenhaus in der 2. Bezirkschule und von den Eltern oder den Erziehern der Kinder im Beisein des Lehrers am Freitagvormittag, den 19. Febr., umgekehrt 9 Uhr, in Waizenhaus anzutreten.

Die Fortsetzung der Schule ist dabei ausgeschlossen.

Bilderteisten.

Die Schule am Waizenhaus in der 2. Bezirkschule und von den Eltern oder den Erziehern der Kinder im Beisein des Lehrers am Freitagvormittag, den 19. Febr., umgekehrt 9 Uhr, in Waizenhaus anzutreten.

Die Fortsetzung der Schule ist dabei ausgeschlossen.

Demmin. Eine gefährliche Explosion fand auf dem Rittergut Peni bei Demmin statt. Es war ein Koch-Pot aus Eisen, das man unter Dach und durch Erwärmung aufstellen wollte. Dabei entzündete sich das Pot. Von der nachfolgenden Explosion wurden dreizehn Personen mehr oder minder schwer verletzt, die im Demminer Krankenhaus überführt werden, indem bei ihm mehrere silberne Gasbehälter gefunden wurden.

Demmin. Eine gefährliche Explosion fand auf dem Rittergut Peni bei Demmin statt. Es war ein Koch-Pot aus Eisen, das man unter Dach und durch Erwärmung aufstellen wollte. Dabei entzündete sich das Pot. Von der nachfolgenden Explosion wurden dreizehn Personen mehr oder minder schwer verletzt, die im Demminer Krankenhaus überführt werden, indem bei ihm mehrere silberne Gasbehälter gefunden wurden.

Aus der Partei.

Bemerkenswerter Wahlsieg in Schweden. Das Mandat

des aus dem parlamentarischen Leben ausscheidenden Universitäts-

professors Professor Th. von Klenz (klenk.) in der ersten Kammer des

schwedischen Reichstags wurde von den Sozialdemokraten

erobert. Bei der vom Göteborger Stadtverordneten-

kollegium vorgenommenen Wahl siegte das sozialdemokratische

Mitglied der Zweiten Kammer, der Volksschullehrer Wallsten mit

29 Stimmen. Der Kandidat der Rechten, ein Oberst, erhielt

27 Stimmen.

Aus dem Gerichtssaal.

Schamlose Handlung eines Kriegslieferanten. Der Kauf-

mann Hermann Ratina, welcher große Vereinslieferungen hatte

und die am Dienstag vor der dritten Strafkammer des Landes-

gerichts Be. lin II wegen Nichtanmeldung von Web- und Wirt-

maren, insbesondere von Weidedecken, sowie wegen Kriegswuchers u 1200 Mt. Geldstrafe ev. für je 15 Mt. zu je einem Tage

Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende bemerkte in der Urteils-

verkündung, die Handlungweise des Angeklagten, der große ein-

trägliche Lieferaufträge hatte, sei in der jetzigen Zeit geradezu

chaotisch zu nennen. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Ge-

angnis und 2200 Mt. Geldstrafe beantragt. Die Verhandlung

stand wegen G. fährtung der Staatsanwältin unter Ausschluss der

Öffentlichkeit statt; nur Urteil und Verkündung waren öffentlich.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänstlich in Lübeck.

Seime für kinderreiche Familien in Groß-Berlin. Vor einigen

Monaten fiel der Stadt Berlin das Goldschmidtsche Vermögen

in Höhe mehrerer Millionen zu. Staatssekretär a. D. Dr. Bern-

burg und Dipl.-Ing. Legler schlagen nun in einer soeben im Ver-

lage der "Bauwelt" erschienenen Schrift vor, mit Hilfe dieses Ver-

mögens im Gebiet der Jungfernheide Kleinhäuser für kinder-

erreiche Familien zu errichten, und zu diesem Zwecke 500 000

Mt. an kinderreiche Familien auf zweite Hypotheken darzuleihen, wo-

bei Kriegsteilnehmer zu bevorzugen und die Zinssätze nach der

Kinderzahl abzustufen wären. Das in Frage stehende Gelände ist

die Stadt Berlin eingemeindet und könnte auch im Erbbaurecht

ausgeufen werden. — Die Einbürgerung des Kleinhäuses soll durch

Ausbildung leichtverlässlicher und vermietbarer Normalformen

und durch die Gründung einer gemeinnützigen Vermittlungsstelle

für Kleinhäushypotheken gefördert werden. Die Wege, die diesen

beiden Zielen, nach denen gleich nach Beendigung des Krieges zu

streben sein wird, sind in der obenbezeichneten Schrift im einzel-

nen dargestellt worden.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänstlich in Lübeck.

In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der

chemischen Fabriken von E. Matthes & Weber Akt.-Ges. Duisburg,

deren sämtliche Aktien durch Kauf in den Besitz der Firma

Henkel & Cie. Düsseldorf, übergegangen sind, legte der bisherige

Aufsichtsrat sein Amt nieder; dafür wurden neu gewählt:

Herr Kommerzienrat Fritz Henkel als Vorsitzender,

Herr Kaufmann Fritz Henkel alsstellvert. Vorsitzender,

Herr Dr. chem. Hugo Henkel.

Der bisherige Vorstand wird die Geschäfte in unveränderter

Weise fortführen.

Diese alte, bestehende Firma der chemischen Industrie

befindet sich hauptsächlich mit der Herstellung von Schwefelsäure,

Salpäure, Sulfat, caust. Soda, calc. Soda usw.

Die schon lange bemerkten Bestrebungen der Firma Henkel & Cie.

Düsseldorf, sehr bekannt auf dem Gebiete der Wasch- und Reinig-

ungsmittelindustrie — siehe Persil, Lixin, Henkel's Bleich-Soda und

Kristall, sowie Wasserglas und Glycerin — sich vom Roh-

produktemarkt noch unabhängiger wie bisher zu machen, haben

durch einen gemüsen Abschluß gefunden.

(7448)

In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der

chemischen Fabriken von E. Matthes & Weber Akt.-Ges. Duisburg,

deren sämtliche Aktien durch Kauf in den Besitz der Firma

Henkel & Cie. Düsseldorf, übergegangen sind, legte der bisherige

Aufsichtsrat sein Amt nieder; dafür wurden neu gewählt:

Herr Kommerzienrat Fritz Henkel als Vorsitzender,

Herr Kaufmann Fritz Henkel alsstellvert. Vorsitzender,

Herr Dr. chem. Hugo Henkel.

Der bisherige Vorstand wird die Geschäfte in unveränderter

Weise fortführen.

Diese alte, bestehende Firma der chemischen Industrie

befindet sich hauptsächlich mit der Herstellung von Schwefelsäure,

Salpäure, Sulfat, caust. Soda usw.

Die schon lange bemerkten Bestrebungen der Firma Henkel & Cie.

Düsseldorf, sehr bekannt auf dem Gebiete der Wasch- und Reinig-

ungsmittelindustrie — siehe Persil, Lixin, Henkel's Bleich-Soda und

Kristall, sowie Wasserglas und Glycerin — sich vom Roh-

produktemarkt noch unabhängiger wie bisher zu machen, haben

durch einen gemüsen Abschluß gefunden.

(7448)

In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der

chemischen Fabriken von E. Matthes & Weber Akt.-Ges. Duisburg,

deren sämtliche Aktien durch Kauf in den Besitz der Firma

Henkel & Cie. Düsseldorf, übergegangen sind, legte der bisherige

Aufsichtsrat sein Amt nieder; dafür wurden neu gewählt:

Herr Kommerzienrat Fritz Henkel als Vorsitzender,

Herr Kaufmann Fritz Henkel alsstellvert. Vorsitzender,

Eine gesunde Preisregelung.

Mit der bisherigen Preispolitik kann es unmöglich so weitergehen. Den landwirtschaftlichen Erzeugern wird von ihrer Presse stets vorgerechnet, welche Produkte ihnen am meisten einbringen, und diese bauen sie dann an, weil ihnen diese Ratgeber nie sagen, daß es jetzt noch wichtiger ist, Vieh zu erzielen. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagte am 8. Februar wieder, der größere Verbrauch an Kohlrüben werde zu stärkerem Anbau Veranlassung geben, weshalb sie einen Aufruf in der „Illustrirten landwirtschaftlichen Zeitung“ empfahl, in dem Ratsschläge für den verstärkten Anbau von Kohlrüben zu geben werden. Dabei ist es weniger der größere Verbrauch als der größere Verdienst, der zum Kohlrübenbau anreizt. Hätten wir genügend Kartoffeln, dann würde man die weniger nahrhaften und schwachhaltigen Kohlrüben dem Vieh überlassen. Graf Spee erwähnte kürzlich im Abgeordnetenhaus als Begründung für noch höhere Preise, daß die Bauern ihr Getreide umstellen und Kohl bauen, weil er ihnen mehr einbringt! Das Resultat ist natürlich Preistreiberei ohne Ende. Das Kriegsernährungsamt und die Reichslebensmittelstellen sehen sich durch dieses sprunghafte Hin- und Herpendeln vor neue Tat sachen gestellt, und jede soeben vorgenommene Rationierung muß deshalb wieder über den Haufen geworfen werden. Auch die Knappheit der Milch und Butter wird auf ihren verhältnismäßig niedrigen Preis zurückgeführt. Das Vieh wird bei den hohen Viehpreisen lieber verkauft und geschlachtet, und Schweine und Kälber werden rücksichtslos mit Milch großgezogen. Getreide und Kartoffeln werden trotz aller Verbote lieber verfüllt, weil sie in Fleisch umgesetzt trotz rießiger Vergeudung mehr einbringen, als wenn sie direkt dem Volk zugeführt werden. Der hohe Viehpreis (der Rindfleischpreis ist gegenüber dem Friedenspreis um 200 bis 300 Prozent gestiegen) ist somit eine Hauptquelle des Leidens. Die Milch ist um etwa 60 Proz., die Butter um 100 Prozent im Preis gestiegen. Wenn es nach Herrn von Oldenburg ginge, müßten diese Produkte auch um 200–300 Prozent steigen, damit ein normales Verhältnis zwischen Viehpreis und Milchpreis entstünde. Für die Folgen ist Herr von Oldenburg ja nicht verantwortlich. Das Vorstandmitglied des Kriegsernährungsamtes, Steinerwald hatte nicht Unrecht, wenn er fürsäich in seinem Vortrage im Abgeordnetenhaus meinte, diese von Oldenburg vorgezeichnete Politik würde den politischen und moralischen Zusammenbruch im Innern herbeiführen. Redner sah ganz richtig, daß ein Anbau der Preise für Rindfleisch, Eier, Obst und Gemüse unbedingt notwendig sei. Aber wir erleben nun wieder, daß die Führer und Organisationen der Landwirte alle Hebel in Bewegung setzen, um einen Preisabbau zu verhindern. Auf der 24. Vollversammlung der Landwirtschaftskammer der Provinz Schlesien am 30. Januar erklärte von Mlozner zu der für das Frühjahr angekündigten Herabsetzung der Rindviehpreise, die Ankündigung stelle den Landwirt vor die Frage, warum er sich Vieh füttern solle, wenn er im Frühjahr nicht den Preis bekommt, den er haben muß. Redner stellte den einstimmig angenommenen Antrag: „Die Landwirtschaftskammer warnt vor der für Frühjahr geplanten Herabsetzung der Kinderpreise und erläutert mit aller Entschiedenheit, daß im allgemeinen Interesse die Preise für Kinder auf der jetzigen Höhe belassen werden müssen.“ In das Horn der Landwirte blöst auch der Bund der Riehlandler Deutschland war nie ein eigenes Gemüseland. Die Einführung in den Jahren 1910/11 im Durchschnitt 80 Millionen Mark, während der Gesamtwert der inländischen Produktion auf 300 Mill. Mark gesetzt werden kann. Wir sind also beim Gemüse um ein gutes Viertel auf das Ausland angewiesen. Während des Krieges aber ist die Gemüseimport der Menge nach auf ein Drittel zurückgegangen. Jetzt soll mit allen Kräften für eine vermehrte Einfuhr gesorgt werden. So hoffen wir, im April junge Maiskolben aus Rumänien zu erhalten, die ein ausgezeichnetes Gemüse ergeben. Dänemark liefert uns in der Haupstadt Weißkohl, die Türkei Zwiebeln und Rosen. Wir haben mit ihr einen Lieferungsabschluß in Höhe von 20 Millionen Mark getroffen, aber die geplante Einfuhr ist von der Militärverwaltung mit Beschlag be-

grüßt. Im übrigen soll man doch nicht mit dem fürsäich von Neuhaus erörterten Gedanken spielen, daß nur durch die Erhöhung der Preise für Getreide und Milch alle Produkte in Zukunft in genügenden Mengen beschafft werden könnten. Auch die übertriebensten Preise würden uns niemals landwirtschaftliche Erzeugnisse in Friedensmengen herbeiführen. Auch von hohen Milchpreisen ist so gut wie nichts zu hoffen, so lange die unsauberen Quellen des Milchmangels nicht gründlich verstopft werden können. Der Milchgroßhandel erwartet einen Milchpreis von 48 bis 50 Pfsg. für das Liter! Von Oldenburg will dazu einen Kartoffelpreis von 8 Mt. – für den Zentner. Wo soll das hin? Herr Dietrich Hahn führte auf der Provinzversammlung des Bundes der Landwirte für die Provinz Hannover am 4. Februar aus, es müsse alles getan werden, daß wir den Krieg mit Hilfe der Kartoffeln gewinnen. Billige man der Landwirtschaft die angemessenen Preise zu, werde sie um so freudiger dazu beitragen, den deutschen Sieg mit den Kartoffeln zu ersteiten. – Bekommt sie aber die gewünschten Preise nicht, so mag Deutschland offenbar zu sehen, wie es den Krieg ohne Kartoffeln gewinnt, die Landwirtschaft hat dann anscheinend an seinem Ausgang ein eringeres Interesse. Auf solchen Wegen kommen wir nicht vorwärts. Das Durchhalten, die gerechte Verteilung und Rationierung, der Anteil, die für die Ernährung des Volkes notwendigen Produkte anzubauen, kann nur durch eine gesunde Preisregelung ermöglicht werden. Dazu gehört vor allem der Abschluß der unberechtigte hohen Viehpreise und anderer viel zu hoch geschraubter Erzeugerpreise, insbesondere solcher, die zu der Viehpreissteigerung wesentlich beigetragen haben. Überhaupt, diese Dinge wird noch manches zu sagen sein. Das Thema darf aus der öffentlichen Diskussion nicht verschwinden, ehe nicht ernsthaft mit einem planmäßigen Preisabbau begonnen worden ist.

Die fünftige Gemüseversorgung Deutschlands.

Von jüngster Seite erfahren wir:

Als vor sechs Wochen v. Bodot die Lieferungsverträge zur öffentlichen Förderung stellte, wurde er mißverstanden, weil man dachte, es läge in keiner Absicht, eine Änderung des Systems herbeizuführen, als ob in Zukunft die Kommunalverbände den Abschluß von Lieferungsverträgen für alle Lebensmittel in die Hand nehmen sollten. Das war ein Irrtum. Inner nur handelt es sich bei der Bodotischen Anregung um Lieferungsverträge für einzelne Lebensmittel. In erster Linie kommt hierbei das Gemüse in Betracht. Seiner Natur nach eignet es sich nicht für zentrale Bewirtschaftung. Das Gemüse wird den Konsumenten am zweckmäßigsten so zugeführt, daß es auf den Märkten und bei den Kleinhändlern zum Verkauf kommt. Dieser Umstand ermöglicht den Abschluß von Lieferungsverträgen. Er gestattet auch, daß der Anteil auf die Produktion im Sinne einer Bevölkerung gewonnen wird. Es steht uns sehr an Stückpreis. Der Bestäffung des Samens stehen sich große Schwierigkeiten in den Weg, und die Samenpreise sind zum Teil auf das Hundertfache gestiegen. Während bei Wirsingkohl, Weißkohl und Rotkohl für den Hektar nur ein Pfund Samen erforderlich sind, ist bei der Zwiebel pro Hektar ein Zentner Samen, beim Spinat sogar zwei Zentner Samen erforderlich. Die Preise für Zwiebelsamen sind ungeheuer gestiegen. Der Zentner der Samen, der früher 100 Mt. kostete, kostet jetzt 3500 Mt. Deutschland war nie ein eigenes Gemüseland. Die Einführung betrug in den Jahren 1910/11 im Durchschnitt 80 Millionen Mark, während der Gesamtwert der inländischen Produktion auf 300 Mill. Mark gesetzt werden kann. Wir sind also beim Gemüse um ein gutes Viertel auf das Ausland angewiesen. Während des Krieges aber ist die Gemüseimport der Menge nach auf ein Drittel zurückgegangen. Jetzt soll mit allen Kräften für eine vermehrte Einfuhr gesorgt werden. So hoffen wir, im April junge Maiskolben aus Rumänien zu erhalten, die ein ausgezeichnetes Gemüse ergeben. Dänemark liefert uns in der Haupstadt Weißkohl, die Türkei Zwiebeln und Rosen. Wir haben mit ihr einen Lieferungsabschluß in Höhe von 20 Millionen Mark getroffen, aber die geplante Einfuhr ist von der Militärverwaltung mit Beschlag be-

legt worden, um den Truppen das so beliebte Gericht: Klöße mit Brathust liefern zu können. Wir versuchen, die Einfuhr weiter zu steigern. Besonders legen wir größten Wert auf das Frühgemüse. Wir haben einen umfangreichen Abschluß getroffen, der uns täglich 500 Waggonsladungen Frühgemüse liefert. Vorläufig aber geht die Einfuhr der Menge nach noch zurück. Wir stehen einer ungeheuren Steigerung des inländischen Bedarfs gegenüber, der die drei bis vierfache Friedenshöhe erreicht hat. In unserem Millionenheer gibt es nur wenige, die früher an Gemüseloserven und Marmelade gewöhnt waren. Jetzt werden sie damit versorgt. Und auch die im Lande zurückgebliebene Bevölkerung ist immer mehr zu vegetarischer Kost gewöhnt. Wollen wir die inländische Produktion erhöhen, so muß der Bauer die unbedingte Gewissheit haben, daß er das, was er produziert, zu lohnenden Preisen absetzt. Der Bauer aber selber muß sich in gewohnter Weise eindeutigen können. Das führt zurück zu dem Gedanken der Lieferungsverträge. Sie stellen unmittelbare Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher her. Wir haben vier Arten von Lieferungsverträgen entworfen: zwei beziehen sich auf das Herbstgemüse, eins auf das Frühgemüse. Der Unterschied war notwendig, weil für das Frühgemüse, das eine Dauerware ist, ein einheitlicher Preis festgestellt werden konnte. Das Frühgemüse verträgt keine weiten Transporte und hat in den verschiedenen Gegenden verschiedene Preise. Das hat uns aber nicht abgehalten, die Hand auch auf das Frühgemüse zu legen. Hätten wir es nicht getan, so würde das das Publikum heftig auf das Frühgemüse gestützt haben und Preise wären eingetreten, die es dem armen Mann völlig unmöglich gemacht hätten, sich einzudeuten. Jetzt sind alle Sachverständigen, die früher von Lieferungsverträgen über Frühgemüse nichts wissen wollten, mit dem Vertragsentwurf einverstanden. Die Verträge über das Frühgemüse können keine einheitlichen Preise festsetzen, es wird in ihnen nur vorgeschrieben, wie die Preise zu finden sind. In jedem Wirtschaftsgebiet sollen Preiskommissionen aus Erzeugern und Verbrauchern unter Vorbehalt eines unabhängigen Verwaltungsbeamten eingesetzt werden, die die Preise unter Zustimmung der Reichsministerien festzulegen haben. In Deutschland sind etwa 60 solcher Wirtschaftsgebiete vorhanden. Die in fünf große Gruppen eingeteilt sind. In jeder dieser Gruppen wird ungefähr Preisgleichheit herrschen. Am 15. März wird die Reichsstelle Richtpreise festlegen, die Lage gelten, bis die Preiskommissionen den Preis gefunden und festgesetzt haben. Wir erhalten nur die Erzeugerpreise. Die Vorgänge auf dem Apfel- und Obstmarkt aber zeigen, was für Zustände eintreten, wenn nicht auch ein Zwischenpreis gefunden wird. Deshalb ist jetzt vorgeschrieben, daß für jeden Geschäftsbetrieb zwischen Kleinhändler und Großhändler und zwischen Großhändler und Produzenten in Gemüse-Schlupfpreise vorgeschrieben werden. Ein jeder hat den Nachweis zu führen, von wem und zu welchen Preisen er Ware erstanden hat. Wir können sagen, daß durch die Lieferungsverträge die Hälfte der Produktion erfaßt werden wird, die übrige Hälfte der Waren wird auf den freien Markt wandern. Für ihn aber werden Höchstpreise festgesetzt werden. Inner aber wird dafür gesorgt sein, daß derjenige, der seine Lieferungsverträge abschließt, sich besser sieht, als derjenige, der den freien Markt verfolgt. Bei dem Frühgemüse wird es sich darum handeln, es mit größter Schleunigkeit auf den Markt zu treiben. Es werden 1200 Sammelstellen im Deutschen Reich in der Nähe der Bahnhöfe eingerichtet werden, die mit größter Schnelligkeit die Märkte versorgen sollen. Die Wünsche des Großhändlers könnten nicht sämtlich berücksichtigt werden. Ganz ausgeschlossen ist keine Biederungslösung für das Auslandsgeschäft. In Holland waren infolge des Überbietens der Händler die Preise so in die Höhe gezogen, daß die holländische Regierung die Grenzen sperrte, weil ihre Bevölkerung nicht mehr zu vernünftigen Preisen kaufen konnte. Auch die darauffolgende Regulierung, daß nur solche Händler, die mit dem Anteil von Gemüse für Kommunalverbände betraut waren, für den Ankauf in Holland zugelassen wurden, half nichts. Auch die Vereinten dieser Kommunalverbände überboten sich gegenseitig. Seit der Centralisierung unseres Einkaufs in Holland sind die Preise bedeutend gesunken. Der Wunsch des Handels, der unbedingt für den Verkauf mit dem Kleinhandel zugelassen werden will, muß von den einzelnen Kommunalverbänden selbst geprüft werden. Auch hier sind Missstände vorhanden. So hat Berlin 14 000 Kleingemüshändler. Wird das nach Berlin kommende Gemüse an diese 14 000 Händler abgegeben, so erhält jeder einzelne Händler so geringe Quanten, daß sie nur für seine eigene Familie, für seine Bekanntschaft und Freundschaft ausreichen, und der gewöhnliche Sterblichkeit unverzagt bleibt. Andere Wünsche des Handels werden erfüllt werden. Die Kommissionen werden zum größten Teile aus dem Handel genommen werden.

Schuld und Süde.

Roman aus dem Russischen von F. M. Ostojewski.

93. Fortsetzung.

„Also, nun hätte ich Euch so die ganze Wahrheit gesagt, mein Bester, bezüglich jener „speziellen Fälle“. In der Tat, lieber Herr, ist ja die Natur ein sehr wichtiges Ding, und ich, wie mir bisweilen auch der Jahrhunderte Plan dadurch saniert gemacht! Hört auf mich Alten, ich rede im Ernst, Rodion Romanowitsch — bei diesen Worten war Porphyrus Petrowitsch, in Wirklichkeit kaum fünfunddreißig Jahre alt, in der Tat plötzlich ganz alt; selbst seine Stimme veränderte sich, und er schien ganz in sich zusammenzufallen — „dabei bin ich euch ein aufrichtiger Mensch. Bin ich ein solcher oder nicht? Wie meint Ihr? Es scheint doch völlig so. Diese Dinge teile ich Euch nämlich unironisch mit, und fordere keine Belohnung dafür, häh! Nun, so ist es eben, ich will aber fortfahren: Der Schatzkinn ist nach meiner Überzeugung etwas sehr Schönes, er ist so gewissermaßen eine Verzierung des Natürlichen und ein Trost im Leben. Was für schwierig! Fragen kann er aufstellen, bei denen dann bisweilen doch ein armer Kommissarius raten mag, der doch auch von einer Phantasie fortgeführt wird, und selbst nur ein Mensch ist. Nur die Natur kann dem armen Kommissarius helfen, darin liegt das Unglück, aber daran denkt die von ihrem Geiste reich umgehobene Jugend nicht, wenn sie alle Hindernisse überwindet“, wie Ihr Euch so scharfsinnig und scharf ausdrückt. Gesezt nun, jener läuft, er spiegelt einen „besonderen Fall“ vor, ist infolge, und läuft geschickt, auf schlauer Weise, ja wird der Triumph noch höher anzuschlagen sein und er darf sich der Früchte seiner Erfahrung erfreuen; sollte er selbst im interessantesten, im standeshesten Moment sogar in Ohnmacht fallen. Nehmen wir an, er wäre stark, er hätte einmal eine große Schwäche im Reime, er wird doch damit Bedenken erregen. Er mag sich unvergleichlich verstellt haben, der Natur Rechnung zu tragen, hat er nicht völlig vermocht! Die Bestellung wird dennach irgendwo herbeigeschafft! Ein andermal mag er, von der Laune seines Schatzkinds verführt, eines ihn in Verdacht habenden Menschen potzen, bleich werden mit vollem Vorbedacht, wie im Schauspiel; ja sogar „höchst natürlich“ erlebthen, der Wahrheit alzu getreu, er hat doch den Verdacht erwartet! Und mag er vom ersten Augenblick an sich für erhaben halten, er wird doch die Wahrheit hindurch kennen, wenn er ein Mensch ist, der sich nicht leicht überführen lassen will. Und auf jedem Schritte muß er dies doch befürchten. Und was ich noch sagen will: Er läßt wird uns vorwomöglich er wird sich überall einmischen, wo man ihn nicht braucht, unaufrichtig von dem reden, was ihm nötig ist, statt darüber zu schwie-

gen, er wird herausragende Seitenstücke dazu suchen, häh; ja er wird sogar aus eigenem Antriebe kommen und fragen, weshalb sie ihn denn nicht endlich ins Gefängnis führen! Hähäh! Und das kann selbst dem schärfstmöglichen Menschen sich reizigen, einem Psychologen wie Literatur! Der Spiegel der Natürlichkeit, dieser Spiegel ist der durchsichtigste! Ja den nun man schaue, den muß man stets bevorzugen; so ist es! Aber weshalb werdet Ihr so gleich Rodion Romanowitsch! Es wird Euch wohl zu schwül hier, wollen wir nicht ein Fenster öffnen?“

„O, bemüht Euch nicht, bitte,“ rief Rasolnikow, und brach plötzlich in Gelächter aus: „Bemüht Euch nur nicht!“ Porphyrus blieb vor ihm stehen, wartete ein wenig und begann dann ebenfalls zu lachen. Rasolnikow erhob sich von dem Sofa und brach kurz sein Gelächter ab, als sei dies ein symptomatischer Anfall gewesen.

„Porphyrius Petrowitsch,“ begann er laut und ernst, obwohl er sich kaum auf den bebenden Füßen zu halten vermochte, „im Jede jetzt offen, daß Ihr mich tatsächlich in Verdacht habt bezüglich des Mordes an jener Alten und ihrem Schweizer Dienstbot. Ich erkläre, daß mir dies schon alles von Eurer Seite bekannt gewesen ist und mich gereift hat. Wenn Ihr glaubt, daß Ihr ein Recht besitzt, mich gelegentlich zu verfolgen, so verfolgt mich doch: losst mich verhaften, wenn ich zu verhaften bin! Aber, daß Ihr mir in diesem Falle lacht und mich quält, das gefällt ich nicht!“

Seine Lippen zitterten, seine Augen glühten in Wut und seine Stimme gedämpft gewordene Stimme klug laut.

„Ich erlaube es nicht!“ rief er scharf, aus voller Kraft mit der Faust auf die Tischplatte. „Hört Ihr das, Porphyrius Petrowitsch? Ich erlaube es nicht!“

„Aber Herr, weshalb wieder so aufgeregt?“ verfehlte augenscheinlich sehr erschrocken Porphyrius Petrowitsch.

„Mein Lieber, Rodion Romanowitsch, lieber Rodion! Gott! Was ist Euch?“

„Ich erlaube das nicht!“ schrie Rasolnikow noch einmal.

„Aber Bester, ein wenig stiller! Man hört es ja und wird bedenken: was sollen wir dann sagen, bedenkt doch!“ flüsterte voll Schreck Porphyrius Petrowitsch, sein Gesicht demjenigen Rasolnikows näher.

„Ich erlaube es nicht!“ wiederholte Rasolnikow mechanisch, aber plötzlich doch auch seine Stimme dämpfend.

Porphyrus wandte sich schnell um und lief, um ein Fenster zu öffnen.

„Wir wollen frische Luft hereinlassen, wünscht Ihr etwas Wasser, mein Freund, da habt Ihr wieder einen Eurer Anfälle!“ Er eilte nach der Tür, um Wasser zu holen, aber in der Ecke daneben stand sich eine gefüllte Karaffe.

„Kein Lieber, trinkt,“ flüsterte er, mit der Karaffe zu ihm zurückkehrend, „vielleicht hilft das.“ Der Schreck und die Teil-

nahme Porphyrius Petrowitsch waren so natürlich, daß Rasolnikow verstimmt und mit bösem Lächeln jenen antrat. Er nahm das Wasser nicht.

„Rodion Romanowitsch! Mein Lieber! Ihr seid ja ganz von Sinnen gekommen; ich verfluche Euch! O, trinkt doch! Nur ein wenig nehmt!“

Er veranlaßte Rasolnikow, das Glas voll Wasser in die Hand zu nehmen. Dieser führte es mechanisch an die Lippen, doch zur Befinnung bemüht, lehnte er es voll widerwillen auf den Tisch.

„Ja, wir leiden wohl an solchen Anfällen! Ihr scheint wie der in Eure Krankheit zu verfallen,“ gärtle Porphyrius mit freundlicher Teilnahme, in welche sich aber gleichwohl ein gewisser Zerstreuter Ausdruck meinte. „Aber weshalb sonst Ihr Euch nicht?“ Nun da Dimitri Protopisch gestern abend zu mir kam, gab ich gern zu, gern — daß mein Charakter etwas gehässig ist und gärtig, aber so muß es nun kommen. Herr Gott! Kam er da gestern, nachdem Ihr fort wartet — wir waren zu Bett, und begann mir da zu erzählen. Ich habe mir die Hände ausgebreitet. Ich dachte mir schon, daß er von Euch kam! Also lebt Euch, Herr, jetzt Euch in Gottes Namen.“

„Nein, er kam nicht von mir! Aber ich erfuhr dann, daß er zu Euch gegangen wäre; er ist darauf zu mir gekommen,“ antwortete Rasolnikow entschieden.

„Ihr erfuhr es?“

„Ja, das ergibt sich daraus?“

„Nun, dies, mein Lieber, Rodion Romanowitsch, daß ich noch nichts über Eure Heldenaten weiß. Ich bin erst jetzt über alles benachrichtigt. So weiß ich, daß Ihr gegangen seid, um eine gewisse Wohnung zu mieten, mitten in dr. Nacht, als es doch ganz dunkel war; Ihr habt an der Schelle gezogen, nach dem Blut gebragt und die Arbeit und Hausleute bestanden. Ich kenne Euren inneren Zugang, den von damals zumal.“ Die

innere Bereitschaft in Euch wallt endlos bei jeder Beleidigung, besonders vor Gericht, dann bei den Bierfesten, Ihr führt nach dieser und jener Richtung, um so gewissermaßen alle zu bewegen, schneller vorzugehen und dadurch alles mit einemmal zu beenden, da Euch die Toxiken und der Verdacht der anderen ärgern. Nicht so! Habt Ihr damals zumal und werdet schwundlich! Die

Wahrheit Euch dem nicht nur falsch, auch faschisch und mich verriet; er ist ein viel zu guter Mensch bei einer solchen Sache.

„Sie weiß es ja selbst. Ihr seid stark, er ist tugendhaft, aber Eure Krankheit wirkt ansteckend auf ihn. Ich will Euch, mein Lieber, da Ihr Euch darob beruhigt, etwas erzählen — lebt Euch in Gottes Namen! Erholt Euch, Ihr seid ja gar nicht mehr bei Farbe; lebt Euch doch!“

(Fortsetzung folgt.)

Ein internationaler Gewerkschaftskongress.

Stockholm, 12. Februar.
Die angeregte Abhaltung einer gewerkschaftlichen Konferenz wird vom schwedischen "Socialdemokraten" in einem Leitartikel kommentiert. Es heißt darin:

Die Aufrechterhaltung des Zusammenarbeitens und der Verbindung innerhalb der gewerkschaftlichen Internationale war während der Kriegszeit mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden. Zwischen den Gewerkschaften der Zentralmächte und denen der Ententewelt, an welch letztere in gewisser Hinsicht auch die Comparsische Riesenorganisation in den Vereinigten Staaten und Kanada sich anschloß, hat ein vom Kriege hervorgerufenes Verhältnis geherrscht, das fast jegliche Zusammenarbeit ausschloß.

Es entstanden außerdem große Reibungen, besonders zwischen dem internationalen Sekretariat in Berlin und den Leitungen der italienischen und englischen Landeszentralen. Die letzteren machten stark geltend, daß die Belassung der Leitung der gewerkschaftlichen Internationale in dem kriegsführenden Deutschland nicht zweckmäig sei.

Trotzdem die Unstimmigkeiten eher zu- als abgenommen haben und die jüngsten Geschehnisse leider nicht zu einer Besserung in der nächsten Zeit beitragen würden, wird doch die Einberufung einer internationalen Konferenz, aus Vertretern der gewerkschaftlichen Hauptorganisationen sowohl der kriegsführenden, wie der neutralen Länder, wieder geplant.“

Sternode erhöht das Blatt die von der Wienerallianzmission

Hiernoch erwähnt das Blatt die von der Generalversammlung der deutschen Gewerkschaften Ende des vergangenen Jahres gesetzte Konferenz, die aber auf gemeinsamen Antrag der standesärzlichen Landeszentralen ausgegeben wurde.

Über die Stellungnahme der schwedischen Landeszentrale zu dieser Frage will „Socialdemokraten“ folgendes wissen:

„Der Auftrag Letzters wurde vom Landessekretariat am Montag abend (5. Februar) behandelt. Man war dabei vollständig einig, daß es unter den derzeitigen Verhältnissen weniger geeignet sei, eine gewerkschaftliche Konferenz einzuberufen, die, nach der Ausschöpfung des schwedischen Landessekretariats, nicht eher zustande kommen darf, bevor nicht die Organisationen aller der gewerkschaftlichen Internationalen angeschloßenen Länder bestimmt vertreten sein können.“

„Es kann nämlich sehr wohl angenommen werden,” liegt das Blatt fort, „dass weiter die Organisationen Englands oder noch weniger die Amerikas, auf einer jetzt in der Schweiz veranstalteten Konferenz sich berücksichtigen würden. Aber eine Konferenz ohne Teilnahme solch bedeutender Organisationen bekäme nicht die Zusammenfügung, die mit Rücksicht auf den erwünschten Zweck wünschenswert ist.“

Um das Schriftens wieder zusammenzuführen zu können, kann
es darf auch noch in Reihen gelegt werden, ob gerade jetzt
der richtige Zeitpunkt zur Entwicklung einer Zusammenarbeit, die
eines Tages doch kommen muss, zur Ablösung des jetzigen Zu-
standes der Verwirrung und Missverständnisse, gekommen ist.

Um das Gerühte wieder zuzementieren zu können, kann es nicht gleichgültig sein, in welchem Augenblide und unter welchen Umständen das erste Zusammentreffen von Vertretern der Friedensbündnisse findet. Und vieles spricht dafür, daß der letzte Augenblick zwischen jetzt und der Zeitlücke sei.

Seine Ausführungen läßt das Blatt wie folgt: „Da das schweidische Bundesräteamt jetzt Besuch hat und folge aus zu gleichen Verhandlungen in der dänischen und norwegischen Gewerkschaftsbewegung gegen den schweizerischen von Legien unterstützten Vorstoß, ergebnlich könnten darüber ein Zustandekommen einer Konferenz zurzeit wohl noch ziemlich ungewiß sein.“

Es gibt ein allgemein bekannt, daß die königlichen Gewerke-Kräfte der Grabanfang nur für den Augenblick reziprok gegenüberstehen. Dagegen haben die norwegischen Gewerkschaften ein zusammenfassendes Telegramm an Legien gelandet, während über die Bildung der königlichen Gewerkschaften noch nichts bestimmt ist.

Aus Nah und Fern.

Um schwieriges Grabenangriff ausführbar zu machen, ist es erforderlich, dass bei der Gemeinschaft Einigkeit bestehen. In dem Gefecht gegen die Erzengeloth entstand, wie oben geschildert, längstens während des Krieges mit Frankreich, ein verdecktes und verdecktes Gefecht, und es ist ebenso leicht verdeckt und verdeckt zu beobachten. Einige weitere Zeuge haben jedoch bewusstlos, erschöpft und ohne beide Arme zum Tode im Herzoglichen Friedenshaus in Schlesien eingewandert und befinden sich jetzt unter Lebensgefahr. Unter den dort Engländer befindet sich 100 Menschen im Gefängniß. Die Verteilung des Gefechtes hat ebenfalls in Ordnung geschehen. Der Friede kann nach aufrechter erhaltenen Stoffen.

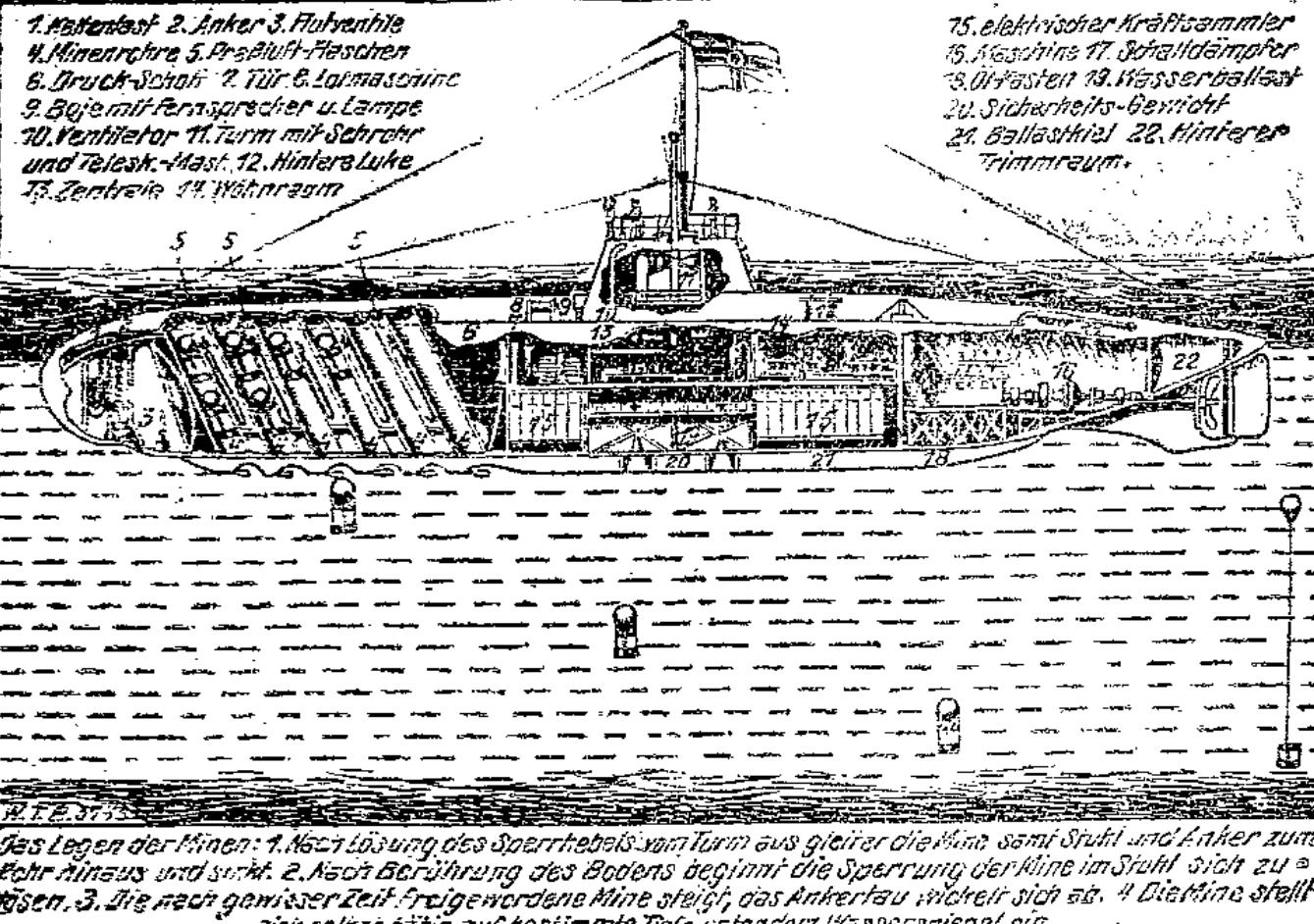
Der Reclam-Bericht geschlossen. Mit Beiblättern wie den „S. S.“ verarbeitet. Die Verlegerbuchhaltung der Reclam-Ver-
lagsanstalt teilt mit: „Einige Gedächtnisgeiß und andere
Vorlesungsstücke sind der ganzen Gestalt des Berichts-
Bandes nachdrücklich zugeschrieben zu sein. Alle
die vom A. Reclam eingereichten Gedächtnisse und Vorlesun-
gsstücke müssen auf dem Berichtsbande bestätigt und bestätigte
Gedächtnisse müssen auf dem Berichtsbande bestätigt.“

Ein Denkmal der Elektrizität in Polen. Das politischen und sozialen Leben wird von elektrischer Energie bestimmt. In dem freien Polen ein Denkmal errichtet werden soll, das die Freiheit des Arbeiters unter den Gewerkschaften erinnert und auch die Unabhängigkeit Polens zum Ausdruck bringt.

Zentrale für Sichter der Berliner Eisenbahnen. Zum Abschluß verfügte die königliche Regierung den Sichter für Sichter für zweite Berliner Eisenbahn, um Sicht und Belebung zu erzielen.

Die Kündigung des Kaisers. Die Stern Erhebung
König Friederike geistige Seele. Ein Prediger
wurde das Heil Reich! So sehr Sie und wir uns sehr
wollen zu freuen. Wir freuen uns nicht mehr. Doch
Sie mit den Sternen gleich, so ist es Ihnen nicht recht, bringen wir
zu Ihnen und der Mutter, so leben Sie sicher an den Gräber eines
älteren. Es schlägt sich Gedächtnis nach, um keinen Zweck zu ver-
fehlern. Da die Sterne beflossen sind. Sonderlich gegen unsere
verständigen Beobachter haben, und es kann keine eigentliche
Art und Weise, aber es wird jetzt ein alter Ehem und Kinder
so viel über das Gedächtnis geben, daß man darüber nicht einig
sein will. Best beweisen kann noch keinem, ob die vielen beob-
achteten Beobachtungen wahrhaftig, die Tatsche das gegen die
verdächtigen werden. So auch mich doch offen mir steht die
Tatsache, daß meine gute Seele mich erinnert, das mit
den beiden anderen. Da habe ich Sorge die Seelen
seiner Seele, da hat gewiss, was die Seelen mit uns auf
die Sterne bestimmt ist. Denn jeder kann haben die Seelen
seiner Seele, die anderen, und diese zwei Seelen, die uns
in diesem Leben trügten, das waren. Wie großer Gedenk-
tag und bedauern Sie haben mir in diesem Freuden und Frei-
heit, eine gewisse Zeit, und wir werden können
diese zwei Seelen mit den Sternen und Gott in Gott ver-
einigt werden. Und Sie, Ihr Gott, den Sie uns durch Ihre
Geschenke mit Freudenheit bei uns erhalten, heißt unser
Gott, der Gott der Menschheit ist. Und Sie, Gott, der Gott
der Menschen ist, Ihren Segen über uns alle, und wir
wollen uns den Segen der Seele und Gott, der Gott der
Menschen, und den Segen der Seele und Gott, der Gott der

Deutscher Tauchboot-Minenleger.



Das Legen der Minen: 1. Nach Lö sung des Sperrhebels vom Turm aus gleitet die Mine samt Sitz und Anker zum Führer hinaus und sinkt. 2. Nach Berührung des Bodens beginnt die Sperrung der Mine im Sitz sich zu lösen. 3. Die nach gewisser Zeit freigewordene Mine steigt, das Ankertau windet sich ab. 4. Die Mine stellt sich selbstständig auf bestimmte Tiefe unter dem Wasserspiegel ein.

materieller Hinsicht trifft, da wir ja als gute Geschäftsleute unser Risiko in den Preis eininkassiert haben, so ist es uns doch wegen unserer Ehre nicht angenehm, so durch die Offenlichkeit geschleift zu werden. Gewiß haben sich auch in unjeren Stand allerlei Dilettanten und Unbeschämte eingedrängt, die es an der nötigen Veracht und Reisheit ihrer Handlungen haben fehlen lassen. Das kommt in allen Ständen vor, darum kann man aber doch nicht gleich den ganzen Stand der Preistreiber einer fortwährende Verfolgung aussetzen. Hebrigens kommt die Behörde mit ihren Maßnahmen jetzt schon zu spät. Die Preise sind nun einmal in die Höhe gegangen und keine Verordnung der Welt bringt sie mehr herab. Wenn man das hätte verhindern wollen, so hätte man früher dazuhauen müssen. So fadelswert wie diese Anstrengungen der Behörden, ist auch die vielverbreitete Meinung im großen Publikum, daß wir Preistreiber unniße, gewissenlose und schädliche Elemente wären. Gerade das Gegenteil trifft zu. Wir Preistreiber sind sehr nützliche, sehr notwendige und überaus verdienstvolle Zeitgenossen, denen die Offenlichkeit zu großem Dank verpflichtet ist. Rahmen wir nur an, es hätte bei Kriegsbeginn keine Preistreiber gegeben. Dann hätten die Leut' lustig in den Tag hineingelebt, alles verzehrt und verbraucht und wie würden jetzt nicht halb so viel haben, als wir wirklich besitzen, wenn wir Preistreiber nicht einen Teil des damaligen Lebenshauses bei Seite geräumt und für spätere Tage aufbewahrt haben würden. Sagen Sie selbst — wäre es nicht eigentlich Unsicht der Behörden gewesen, damals in weiser Voraussicht eine allgemein einschränkende Regulierung aller Bedarfsgegenstände durchzuführen, um möglichst lange mit den Beständen auszukommen? Deren hat keine Behörde der Welt gedacht, nur wir Preistreiber haben in wohlverständener Voraussicht unsere Blicke in die Zukunft gerichtet und alles das, was uns für diese Zukunft wichtig erschien, sorgfam aufbewahrt und zurücksgeholt. Der Dank für dieses Tun sind Gerichtserkenntnisse und Strafanträge! Soll eine da das ganze Preistreiben noch freuen, wenn man so wenig Entgegenkommen und Verständnis gerade bei jenen Stellen treffe, muß, deren Villäten man im übertragenen Wirkungsweise übernommen hat! Sie sehen, auch wir Preistreiber haben unsere guten Seiten, und geht es wirklich nicht an, uns so in Busch und Bogen zu verurteilen, wie Sie das bisher getan haben. Also nur ein bittchen mehr Gerechtigkeit! Ich hoffe Sie hoffentlich vor Jahren bisjährigen Vorurteilen befreit und Ihnen für die Verdienste unseres ehrwerten Standes die Augen geöffnet.

SpredbiagL

„Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion
dem Druckfehler gegenüber letzterer Gewährleistung.“

Heber die Süderster Kriegsfürche
tarre ein zuverlässiger Beobachter und Zeuge über jetzt die schönen
Städten machen. Und wenn ich mir erlaube, ein Urteil auf
dieser Stelle zu fassen, dann ist es zornig gelegt, daß ich mich
immer als eindrücklichstes Kindergesetz mit vierteljährlicher
Unterbrechung dazu für berechtigt halte. Die Unterbrechung
bereite, solange meine vierzehn Leben Westland mich selbst er-
wähnten. So befiehlend es damals auch in meinem Haushalt her-
ging, selbst nach billiger Entnahm waren wir damals
aber doch, als zu den Zeiten, in denen die Kriegsfürche unser
Vorläuferin war. Wenn wir, von der ständige Arbeit Lebenden
auf jeden zu Friedenszeiten gestoßenen Möglichkeitsseite liegen-
te kommt doch bei allem Thug jedes "Pugiles" beim Kriegs-
Mäntelchen ein härtiges Hungerschäfchen heraus, das weder bei
Knecht noch Rittmeister hinwegzubringen ist, und wenn wir
alle "Ferecht-hausischen-Naturen" waren. Nun bei zwar ich
verfehlt die Größe als Hauptgründungszeit zu bestimmen, denn
die Einführung findet immer wieder ein Mittel, um — ander-
seitzen klar zu werden, doch alles nicht so bestimmt ist, wie es dar-

daz alles verkocht und der Nährgehalt in dem ganzen Essen sei. Danach sieht es denn doch nicht aus. Da höre man die Frauen urteilen, die ihre Groschen für diese Kost zusammenlaubten müssen. Es spricht ihren Hausfrauenerfahrungen, die man zu Anfang des Krieges herabzusezen sich bemühte, einfach höhn. Wer es irgendwie möglich machen kann, kocht selbst und stellt seiner Familie ein Essen hin, das trotz seiner Einfachheit für Stunden satt macht und nicht nur für eine halbe den Magen füllt. Nur die Not treibt das Volk dorthin. In erster Linie muß den hilfsbedürftigen Damen immer wieder eingeschärft werden, daß immer tüchtig umgerührt und die Kelle vollgemacht wird. Vielleicht probiert man in den Küchen auch einmal, wie man Nudeln oder Maffaroni anders kochen kann. Es hört sich immer ganz großspurig an, daß solche Delikatessen vorkommen. Leider sieht man nur nicht, welcher Kategorie die Ursubstanz angehört hat. Wenn die Brühe gekocht ist, dann genügt eine halbe Stunde vollkommen, um diese Zutaten gar zu machen, damit sie nicht als Mus verkocht werden. Man mag die Sache drehen und deuteln wie man will, auf die Dauer geht es so nicht weiter, die Kinder sind am allerersten zu bedauern. Die Waren müssen heraus, wo sie auch stehn mögen, und die Herrschaften, die darüber schnacken, mögen mit am allgemeinen Tische sitzen, eher wird es nicht besser. Die Aufsicht in den Küchen muß peinlich gewissenhaft durch wirklich sachkundige Personen geführt werden, die etwas verstehen, und sich nicht einbilden, es handle sich um eine Wohltätigkeiteinrichtung. Es dauert schon viel zu lange und bedarf gründlicher Arbeit, damit diejenigen Herren und Damen, die jetzt uns lehren, von ihrer heimatlichen Herd stürzen und sich um Bläue in den Kriegsstühlen streifen.

Im Namen dieser: **W.**

Kleines Feuilleton.

Eine Kinderherde von einer halben Million Meter Länge, das heißt von Stuttgart bis Berlin, die Tiere zu vieren nebeneinander gestellt, würde den Bedarf an Kindfleisch decken, den Deutschland zur Verstärkung des deutschen Feldheeres von Kriegsbeginn bis Mitte 1916 brauchte. Dazu käme noch eine Reihe von 1 Million Hähnchen und Schweine, die zu sechs nebeneinander gereiht, 165 Kilometer, d. h. die Entfernung Stuttgart-Nürnberg ergeben. An Wurst und Dauerfleisch wurden 400 000 Zentner verbraucht, was einem Riesenzeppelin von 250 Meter Länge und 30 Meter Höhe entsprechen würde. In ähnlich anschaulich fesselnder Weise sind zahlreiche andere Kriegszahlen in „Wissenschaft und Krieg“, einem Beiblatt des „Kosmos“, Handwörter für Naturfreunde, dargestellt und bildlich veranschaulicht (Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde); außer zahlreichen anderen Vergnügungen bietet die Vereinigung für halbjährlich nur 2,80 M. jedem Mitglied 12 starke Monatshefte und 4—5 Buchbeilagen, Werke erster naturwissenschaftlicher Schriftsteller, Sachungen und Probehefte von der Geschäftsstelle in Stuttgart unberiechnet. Das uns vorliegende erste Heft 1917 enthält außer zahlreichen fesselnden Erbeten einen begeisterten Artikel über die Wunderwelt der modernen Naturwissenschaft; wissenschaftlich einwandfreie, klare und einfache Bilder, die mehr sagen als viele Worte, bietet Höpfl über Moor und Marsch; Prof. Weule führt durch entsprechende Vergleiche zwischen Natur und Kultur zum Urquell aller Fertigkeit und Technik, Dr. Döffer erzählt nicht minder anschaulich von schwierigen Kunstfertigkeiten, die ein jeder vor uns alltäglich ausübt, und Dr. Stehli plaudert von abenteuerlichen Kämpfen mit dem Teufelsfisch. Einer Wandersfahrt ins Märchenland, wo das Auge Wunder an Wunder schaut, gleich ein Gang durch die Naturwissenschaft. Trete ein in dieses Land! Es ist jedem offen. Das „Salam, öffne dich“, das seine Tore sprengt, heißt „Wissen“. Dies in letzter Form einem jeden reicher, ist das Ziel der Kosmos-Vereinigung.

Zeigt ist die ruhige Zeit
im Hause. Frost, Schnee oder Regen verhindern jede Gartenarbeit, aber dennoch hat der wirkliche Gartenfreund eine ganze Menge zu tun, und zwar Arbeiten, die sehr notwendig sind: Die alten Samereien sind auf Keimfähigkeit zu erproben, neue Samen sind zu bestellen, der Wirtschaftsplan mit allem Drum und Dran (Fruchtwechsel, Düngung usw.) auszuarbeiten, der Komposthaufen umzufüllen und anderes mehr. Aber noch weiter soll die Fürsorge für die Zukunft gehen: sie soll sich besonders auf die Instandhaltung der Geräte erstreden, die nur zu sehr vernachlässigt werden. „Während dieser ruhigen Zeit,” so heißt es im Arbeitskalender für den Januar der Gartenzeitschrift „Haus, Garten und Feld“: „soll man sich einmal so recht mit seinen Gartengeräten befassen. Unser oder gutgehaltenes Gerät in richtiger Hand ist die beste Hilfe bei jeder Arbeit, und richtiges Gerät in richtiger Hand gibt leicht guten Erfolg — das lehrt uns jeder Handwerker. Wenn wir immer das richtige Handwerkzeug hätten, könnten wir uns manche Ausgabe im Haushalt ersparen, oder, wie der Dichter sagt: Die Art im Hause erspart den Zimmermann; doch muß sie auch selber sein, möchte man daszusehen. Wie steht es aber oft mit dem Gartenwerkzeug aus? Nun muß sich geradezu wundern, daß im Garten oft nach solch leidlich Arbeit mit dem schlechtesten Werkzeug erreicht wird. Aber was dabei scheinbar an Geld gespart wird, wird an Zeit mehrfach zugekehrt. Da gibt es Rechen, an denen die meisten Zinken fehlen, Spaten mit schwertigem Blatt, das zum Heben nicht wendig ist, ebensoleie Haken, Pflanzhaken ohne wirkliche Spitze, und manches notwendige Gerät fehlt wohl ganz.“ Dieser kleine Abschnitt mag als Inhaltsprobe von „Haus, Garten und Feld“ genügen. Heft I. des uns vorliegt, enthält außer dem erwähnten Monatskalender noch eine Reihe von kleinen und großen Aufsätzen, von denen nur „Samenbau und Samenzucht“, „Winterblumen im Zimmer“, „Neujahrsblätter Spalten“, „Praktische Taubenzucht“ und „Hebertriebene Staubfunktion“ erwähnt seien. Der Vierteljahrspreis (6 Hefte) beträgt nur 35 Pf. Probenummern gibt der Verlag, die französische Verlagsauslieferung in Stuttgart auf Wunsch unentgeltlich ab.